

Immigration

Einwanderung aus Sicht der europäischen Unterschicht

Information

Heribert Prantl über Politik und Journalismus

Implosion

Eine Reportage über Militär und Bürokratie in Ägypten

Interaktion

Der Wissenschaftsminister steht Rede und Antwort

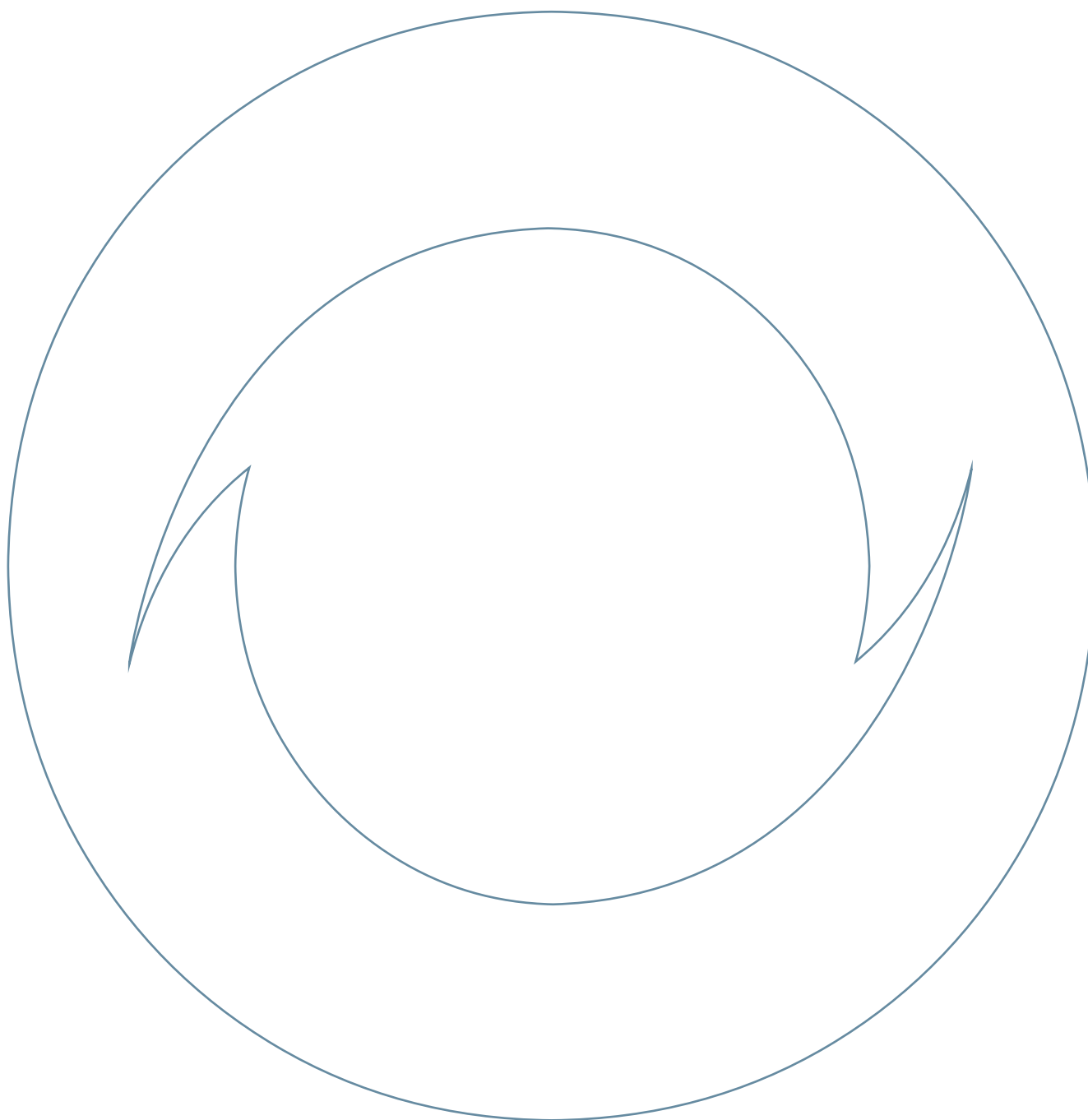
Hier ruht Österreichs dunkle Seele

Die Produzentin der Krone-Doku im großen Interview



„THEM SEI'S
ZUR EHRE,
UNS ZUM
HEIL.“
Wolf Martin

PROGRESS lesen heißt abonnieren.



Wer **PROGRESS** haben möchte, ist mit einem Abonnement gut bedient. Das kostenlose Abo sichert dir dein ganz eigenes Heft – frisch aus der Druckerei. Wer **PROGRESS** mitgestalten möchte, sollte einfach vorbeischaun.

Mehr auf www.progress-online.at

Cover

Mit dem Tod von Krone-Chefredakteur Hans Dichand ging eine Ära zu Ende. Die Zeitung prägt jedoch auch weiterhin die Meinung vieler ÖsterreicherInnen.

- 4 Claus Pándi ist ein böser Mensch**
Nathalie Borgers, die Produzentin der Krone-Doku, im Interview
- 6 Die Krone ist ein Stahlbad**
Die Kronen Zeitung ist die Manifestation des dunklen Teils der österreichischen Seele

ÖH

- 7 Eine Ära geht zu Ende**
Ende Juni legt die jetzige ÖH-Bundesexekutive ihre Arbeit nieder
- 8 Generation Praktikum - Mythos oder nicht?**
Der Sinn eines Praktikums soll das Sammeln von Berufserfahrung sein - wie sieht es in der Wirklichkeit aus?
- 9 Ride for your Rights**
Studierende fahren mit dem Rad durch Europa - für eine gemeinsame Identität

- 10 Humboldt kannte keine Massenuni**



Der Wissenschaftsminister Töchterle spricht über die Situation österreichischer Hochschulen

- 12 Service, das hilft**

Politik

- 13 Angst fressen Europa auf:
Die Zeit des Zorns ist gekommen**
Ein Kommentar von Stefan Apfl über die Krisen in Europa
- 14 Den Leuten nicht den Bauch pinseln**
Der Journalist Heribert Prantl im Interview über Politik und Journalismus
- 15 Kleines Spiel groß im Geschäft**
 Ein Verbot von Glücksspielautomaten würde die Spielsucht eindämmen, die Politik blockiert
- 16 Vermögenssteuer im HäusbauerInnenland**
Warum Vermögenssteuern nicht die breite Masse treffen würden

Dossier



Das Dossier geht auf Weltreise und bietet einen Einblick in die Konfliktstellen fünf verschiedener Staaten. Ob Spanien, Ägypten oder Kambodscha - jedes Land muss seinen eigenen Rucksack schultern.

- 18 Zwischen Revolution und Resignation**
In Spanien protestiert die Bevölkerung gegen das konventionelle politische System
- 19 Das Geschäft mit der Hilfe**
Die Zahl der NGOs ist in wenigen Staaten so hoch wie in Kambodscha
- 20 Kein Land für Frauen**
Ägypten muss nach den Protesten wieder bei Null beginnen
- 22 Sie merken, als Europäer tickst du anders**
Elias Rubin leistet im Verein S²Arch Entwicklungshilfe in Südafrika
- 23 Malaisische Multikulturalität**
Malaysien gilt als ein Land mit facettenreichen Widersprüchlichkeiten

Feuilleton

- 25 Mangos schmecken exotischer als Äpfel**
Ein Kommentar von Stephan Zuser über die Notwendigkeit von Umweltschutz
- 26 Literatur schafft eine neue Wirklichkeit**
Andreas Gelz und Heinz Ickstadt im Gespräch im Interview über literarischen Realismus
- 27 Web 3.0 - das neue Internet?**
 Das Internet bekommt ein Update. In Zukunft soll es noch schlauer werden
- 28 Die Angst vor der Einsamkeit**
Die Werke von Max Frisch geben auch im Jahr 2011 Anlass zum Lesen
- 29 Buchrezension: I hate it, i love it**
Amerika! ist eine Sammlung an Meinungen und Ansichten von Max Frisch über dieses Land
- 30 Immigration und Globalisierung**
Einwanderung aus der Sicht der europäischen Unterschicht

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser!

Frei nach Karl Farkas - es war sehr schön, es hat uns sehr gefreut. Die aktuelle **PROGRESS**-Kernredaktion verabschiedet sich von euch - aller guten Dinge waren in unserem Fall zwölf Ausgaben. Aber nicht nur wir gehen, sondern auch ein weiteres Sommersemester geht zur Neige, womit der Sommer nun so richtig beginnen kann: egal ob am Strand oder am Festivalgelände, auf der Baustelle oder beim Praktikum. Bevor aber nun die drei Ferienmonate beginnen, haben wir uns noch bemüht, euch möglichst viele gute Geschichten in das vorliegende Heft zu packen.

Als Aufmacher haben wir uns anlässlich des einjährigen Todestages von Hans Dichand für ein Interview mit der *Krone*-Doku-Macherin Nathalie Borgers entschieden. Hierfür möchten wir ausdrücklich eine Leseempfehlung aussprechen.

Des Weiteren möchten wir euch auf eine Reportage über einen Vergewaltigungsfall im revolutionären Ägypten hinweisen (S. 20 & 21).

Wir empfehlen außerdem die Kommentare von Stefan Apfl (S. 13) und von Sergio Benvenuto (S. 30 & 31) und die Interviews mit Karlheinz Töchterle (S. 10 & 11) und Heribert Prantl (S. 14).

Last but not least bleibt uns nur noch, euch viel Spaß beim **PROGRESS**-Lesen und einen schönen Sommer zu wünschen.

Alles Liebe,

eure **PROGRESS**-Redaktion

IMPRESSUM

PROGRESS - Magazin der Österreichischen HochschülerInnenschaft, Ausgabe 4/2011, Erscheinungsmonat: Juni

MedieninhaberIn: Österreichische HochschülerInnenschaft, Taubstummengasse 7-9, 1040 Wien

HerausgeberInnen: Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Benedikt Ruß

ChefInnenredaktion: Georg Sattelberger, Ann-Kathrin Slupek, Wolfgang Zwander

RedakteurInnen dieser Ausgabe: T. Aigner, S. Apfl, M. Bauer, S. Benvenuto, C. Brandtner, D. Donnerer, L. Eichberger, A. Fanta, N. Hofmüller, M. Kiesenbofer, A. Lehner, E. Maltschnig, E. Pilipp, N. Salam, K. Spielmann, J. Walkowiak, P. Wieser, F. Wilding, M. Wunderle, S. Zuser

Blattlinie: Die Meinungen der RedakteurInnen

Lektorat: A. Ellmer, M. Weissinger

Layout: T. Jenni, J. Kolda

Cover-Fotos: J. Kolda, D. Novotny, **Dossiercover-Foto:** N. Oberleitner, **Resortcover-Fotos:** J. Kolda

Inserate: Öffentlichkeitsreferat, presse@oeh.ac.at

Artikelvorschläge können per E-Mail oder in den Redaktionssitzungen eingebracht werden. Kontakt siehe unten.

Gratis-Abo anfordern! www.progress-magazin.at

Telefon: 01/310 88 80-61

E-Mail: progress@oeh.ac.at

Web: www.progress-magazin.at

Auflage: 120.000 Stück

Druck: Leykam, Neudörfel

Claus Pándi ist ein böser Mensch

Die belgische Dokumentarfilmerin Nathalie Borgers, Produzentin der *Krone-Doku* „Tag für Tag ein Boulevardstück“, spricht mit **PROGRESS** zum einjährigen Todestag von Hans Dichand über die Ängste und den Obrigkeitswahn der ÖsterreicherInnen, den „bösen Menschen“ Claus Pándi und den persönlichen Umgang mit Hans Dichand.

PROGRESS: In Ihrer Dokumentation ist die Rede davon, dass die Kronen Zeitung einen großen Teil der österreichischen Seele repräsentiert. Was sagt das über das Land aus?

BORGERS: Es geht hier immer um den gleichen Vergleich: Wir und die anderen. Dazu kommt dann noch die Angst. Die Angst davor, überschwemmt zu werden, und dadurch Werte, Lebensqualität, schlichtweg alles, was man erreicht hat, zu verlieren. Daher muss immer Ordnung herrschen. Befehlen hat man zu gehorchen. Man ist in diesem Land zu Recht stolz auf die beste Lebensqualität in Europa. Aber wo bleibt dabei das Leben? Was ist das für eine Lebensqualität, wenn für Ordnung jegliche Lebendigkeit geopfert wird? Ein bisschen mehr Mut! Ein bisschen mehr Fantasie!

Sie haben auch mit überzeugten LeserbriefschreiberInnen der Kronen Zeitung geredet. Wie ticken diese HobbykolumnistInnen?

Es war leicht, mit ihnen zu reden. Sie sind einfach Fans der Zeitung. Sie identifizieren sich sehr mit der *Krone* und die Zeitung benutzt die Leserbriefschreiber. Dichand sagt im Film relativ trocken: „Das sind Seiten, die uns nichts kosten.“

Zu Dichands Lebzeiten gab es in Österreich immer auch den Witz, der Herausgeber schreibe die Leserbriefe selber.

Vielleicht hat er das getan. Das weiß ich nicht. Angesichts der großen Anzahl an Zuschriften hätte er das aber nicht nötig gehabt. Da genügt schon die richtige Auswahl. Ich habe auch Gerüchte gehört, dass er die nackte Frau auf Seite sieben persönlich ausgewählt hat. Das habe ich leider auch nicht in Erfahrung gebracht.

Neben den LeserbriefschreiberInnen und der Nackten prägen vor allem die „Krone-StarkolumnistInnen“ das Gesicht der Zeitung.

Dichands Konstruktion der Zeitung ist wirklich unglaublich schlau. Durch diese Kolumnisten hat er eine weitere Form der Identifikation geschaffen. Es gibt Leute, die sind immer da. Sie stellen eine Art Familie dar. Damit nimmt man die Leser mit. Dichand hat das wirklich gut geplant: Ich bin der Vater aller Österreicher. Ihr seid alle meine Kinder. Ich schütze euch und bringe euch eine klare Linie.

Gibt es unter den KolumnistInnen überhaupt eine klare, gemeinsame Linie?

Natürlich sind das alles Individuen, aber die Zeitung macht sie zu einer Familie. Günther Nenning und Andreas Mölzer hatten sicherlich unterschiedliche Werte. Aber alle Kolumnisten einte eine Tatsache: Hans Dichand bedeutete für sie Ruhm und Geld. Vor allem Geld ist sehr wichtig. Sie sind alle sehr gut bezahlt. Dafür müssen sie aber auch stets loyal sein, Widerspruch wird nicht geduldet.

Lassen Sie uns über einzelne „Familienmitglieder“ sprechen. Claus Pándi inszeniert sich etwa seit geraumer Zeit als Videoblogger, der die Mächtigen vorführt. Sie haben Pándi während ihrer Dreharbeiten kennengelernt. Welchen Eindruck hat er bei Ihnen hinterlassen?

Ich mag ihn überhaupt nicht. Ich habe mich bei ihm sehr schlecht gefühlt. Er ist kein guter Mensch. Es gibt in der *Kronen Zeitung* auch gute Menschen, aber Claus Pándi ist ein böser Mensch.

Ist er intelligent?

Er ist wahrscheinlich sehr klug. Aber intelligent im Sinne von Analysen tätigen und Feinheiten erkennen? Das glaube ich nicht. Er spielt sehr stark mit der Angst der Bevölkerung: Die Anderen sind schlecht, sie haben Werte, die nicht richtig sind. Er drückt das sehr gut und sehr schnell aus. Außerdem weiß er, wie Macht funktioniert.

Wie denken Sie über den Radaupoeten und Volksdichter Wolf Martin?

Wolf Martin war noch schlimmer, er war der schlimmste von allen. Bei ihm herrscht so eine negative Atmosphäre. Eine Atmosphäre, bei der man denkt, diese Person hat nie etwas Positives

Was ist das für eine Lebensqualität, wenn für Ordnung jegliche Lebendigkeit geopfert wird?

in ihrem Leben erlebt. Alles ist dunkel, negativ und traurig. Egal ob beim Rauchen oder Trinken, überall herrscht Exzess. Alles ist sehr extrem. Irgendwas in ihm ist entweder kaputt oder schon gefressen worden.

Wie erklären Sie sich das?

Diese Einstellung muss aus einer Zeit stammen, in der Strafe ein sehr großer Teil der Erziehung war, in der Mütter und Frauen sehr schlecht angesehen wurden. Also aus einer sehr patriarchalen und autoritären Gesellschaft. Man kann sich die Stimmung bei Wolf Martin wie in einem Werk von Elfriede Jelinek oder Thomas Bernhard vorstellen.

Borgers: "Mein französischer Akzent hat wohl auch geholfen, Dichand liebte Frankreich."



Foto: Kiesenhofer

Es gibt in der Krone aber auch weit weniger düstere Facetten, die Tierecke etwa.

Sich für Wesen zu interessieren, die nichts zu sagen haben, passt sehr gut zur *Kronen Zeitung*. Es herrscht dort im Allgemeinen eine Kleingeistigkeit. Alles ist klein, nichts ist offen. Das ist für mich so erstaunlich an der *Krone*. Die Redakteure könnten jederzeit mit Menschen aus aller Welt, aus den verschiedensten Kulturen, in Kontakt treten. Dennoch verschließen sie sich lieber und kümmern sich um Problemchen wie Hunde und Katzen.

Man könnte den Einsatz der Kronen Zeitung für gewisse Anliegen ihrer LeserInnenschaft doch auch positiv sehen.

Durchaus, das hat aber mit Journalismus nichts zu tun. Die *Krone* benutzt ihre Macht, um etwas im Parlament zu ändern. Das ist nicht der Job einer Zeitung. Vor allem: Wer entscheidet darüber, was richtig ist und was falsch? Einzig und allein die *Krone* – und das hieß bis vor einem Jahr einzig und allein Hans Dichand.

Wer die notorische Verschlossenheit der Kronen Zeitung kennt, der weiß zu schätzen, welche tiefen Einblicke Sie sich verschafft haben. Wieso hat Dichand das überhaupt zugelassen? Bei einem ARTE-Dokumentarfilm konnte er doch damit rechnen, dass es sich um einen kritischen Film handeln würde.

Am Anfang wusste ich gar nicht, für welche Fernsehstation der Film sein würde. Die Tatsache, dass sich jemand aus dem Ausland für seine Zeitung interessiert hat, muss Dichand wohl sehr gefallen haben. Mein französischer Akzent hat wohl auch geholfen, Dichand liebte Frankreich. Als er dann

erfuhr, dass ARTE bei dem Film involviert war, hat er mir erstmals Geld angeboten, damit der Film dort nicht erscheint. Ich habe das natürlich

Sich für Wesen zu interessieren, die nichts zu sagen haben, passt sehr gut zur *Kronen Zeitung*.

abgelehnt. Dichand hat sich dann wohl gedacht, wenn schon ein Film entsteht, ist es für die *Krone* besser, offen zu sein, damit nicht nur Feinde der Zeitung zu Wort kommen.

Und danach gab es keine Momente mehr, bei denen die Dokumentation hätte scheitern können?

Einen Moment gab es noch. Dichand hat erfahren, dass ich mit Heide Schmidt und Erhard Busek gedreht habe. Er hat mir sofort vorgeworfen, dass ich mit der Tageszeitung *Der Standard* einen Komplott vorbereite. Das war natürlich überhaupt nicht wahr. Ich musste daraufhin zusichern, Dichand den Film vor seiner Ausstrahlung zu zeigen. Das habe ich dann auch gemacht.

Waren Sie bei dieser Vorführung dabei?

Ja.

Wie unangenehm war das?

(lacht) Das war natürlich sehr unangenehm. Leider saß Dichand hinter mir. Ich konnte also nicht abschätzen, wie er reagierte. Nach der Vorführung hat er geschwiegen. Der Finanzdirektor der *Kronen Zeitung*, der auch anwesend war, hat sich hingegen beschwert: „Wir fühlen uns in die rechte Ecke gedrängt.“

Wie war Dichand im persönlichen Umgang?

Er war eine recht angenehme Person. Natürlich nur solange man machte, was er wollte. Er war sehr gut erzogen. Er konnte mit Frauen und hätte eine Frau wohl auch nie angeschrien. Wie gesagt, als ich ihm den fertigen Film gezeigt habe, hat er geschwiegen.

Das wäre vielleicht anders gewesen, wenn ich ein Mann gewesen wäre.

Dichand war ja nicht nur ein mächtiger Herausgeber, sondern auch ein gewiefter Journalist. Wie schwierig war es, ihn zu interviewen und mit ihm zu drehen?

Er hat sich selbst inszeniert und somit war es sehr einfach für mich. So einen Charakter bekommt man nicht für jeden Film. Die unangenehmen Fragen habe ich hauptsächlich gegen Ende der Dreharbeiten gestellt. In der Zwischenzeit hat sich Stück für Stück gezeigt, was er wirklich mit seiner Zeitung macht, wie er funktioniert, was er denkt. Er hat das alles von sich aus preisgegeben. Das ist natürlich „sugar“ für einen Film.

Wie haben Sie eigentlich von Hans Dichands Tod erfahren?

Die *Austria Presse Agentur* hat mich angerufen und wollte ein Statement von mir haben. Ich habe nicht gewusst, was ich sagen sollte. Natürlich ist es keine gute Nachricht, selbst wenn ein Mann wie er stirbt. Es ist aber auch keine schlechte Nachricht. Das ist das Leben.

Das Gespräch führten Markus Kiesenhofer und David Donnerer.



Foto: Hochmuth / picturedesk.com

Dichand hat Macht über den Tod hinaus.

Die Krone ist ein Stahlbad

Die *Kronen Zeitung* ist die Manifestation des dunklen Teils der österreichischen Seele.

ALEXANDER FANTA

Sein Gesicht war auf der Titelseite jeder Zeitung, auch seiner eigenen. In lyrisch überspannten Bögen komponierten die RedakteurInnen aller Blätter Nachrufe auf einen Mann, dessen politischen Einfluss sie meist Zeit ihres Lebens bekämpft hatten. In den Vorhöfen der Macht, den Kanzleien und Ämtern, herrschte eine Mischung aus Anspannung, Erregung und ein klein wenig Furcht. Es war der Beginn einer Kontinentalverschiebung im Machtgefüge der Republik. Am 17. Juni 2010, genau vor einem Jahr, starb *Krone*-Gründer und Chefredakteur Hans Dichand.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang hatte Dichand den PolitikerInnen der Zweiten Republik seine Meinungen ins Stammbuch diktiert, und nicht erst seit Werner Faymann wird PolitikerInnen vorgeworfen, bei wichtigen Entscheidungen unverhohlen auf die *Krone* zu schießen. Rechts, reaktionär, konservativ – so beschreiben Kritiker die Linie des Blattes, das Dichand im Jahr 1959 mit Geld aus der Hand des Gewerkschaftschefs Franz Olah neu gegründet hat.

Die *Kronen Zeitung* hat der dunklen Seite der österreichische Seele Ausdruck verliehen. Das kollektive „wir“ knüpft ein Band zwischen der Redaktion und der Bevölkerung, das sie gemeinsam gegen die Anderen verbindet: Die AusländerInnen, die unseren Wohlstand wollen; die PolitikerInnen, die nur abcashen; die Linken, die unsere Kultur ka-

putt machen. Unter den ErbInnen des *Krone*-Gründers, seinem Sohn Christoph Dichand und dessen Frau Eva, bleibt das Blatt dieser Linie treu.

Reaktionär. Freilich ist die *Krone* mehr als nur reaktionär und konservativ. Denn Dichand war als Chefredakteur, Herausgeber und Chefkommentator der *Kronen Zeitung* immer auch seinem eigentlichen politischen Programm verpflichtet: dem des Populismus. Es war für ihn kein Widerspruch, die Besetzung der Hainburger Au durch UmweltschutzaktivistInnen im Winter 1984 zu unterstützen, und damit als Geburtshelfer der Grünen aufzutreten – und wenige Monate später für den vormaligen SS-Offizier Kurt Waldheim in die Bresche zu springen, um dessen Wahl zum Bundespräsidenten zu ermöglichen. Dichand blieb für die Politik immer ein Stück unberechenbar, aber zugleich ein unersetzlicher Machtfaktor.

Das Ableben des Zeitungszaren hat neuen Gegenwind für die *Krone* geschaffen. Dieser trifft auch das liebste Instrument von Hans Dichand, die Kampagne. Einst ließ er seine JournalistInnen wochenlang einen Rhythmus trommeln – so lange bis die Politik ihre Hüften dazu schwang. Schon zwei Wochen nach seinem Tod versuchte auch sein Sohn Christoph sein Glück – und ließ am 2. Juli vergangenen Jahres auf dem Titelblatt die Abschaffung der Wehrpflicht fordern. Flugs folgte Kanzler Faymann dem Kurs der *Krone* und verkündete, dass die SPÖ nun für das Schaffen

eines Freiwilligenheeres eintrete. Der Streit darüber spaltete jedoch die Koalition, in der die ÖVP die Wehrpflicht verteidigt, und er ist bis heute nicht entschieden. Keine der beiden Seiten sieht eine stabile Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich, wie es ein Dutzend Umfragen zeigen. Das ist eine ziemliche Niederlage für die *Krone*, die es einst vermochte, die öffentliche Meinung in politischen Fragen zu einen, und sie heute offenbar nur noch spalten kann.

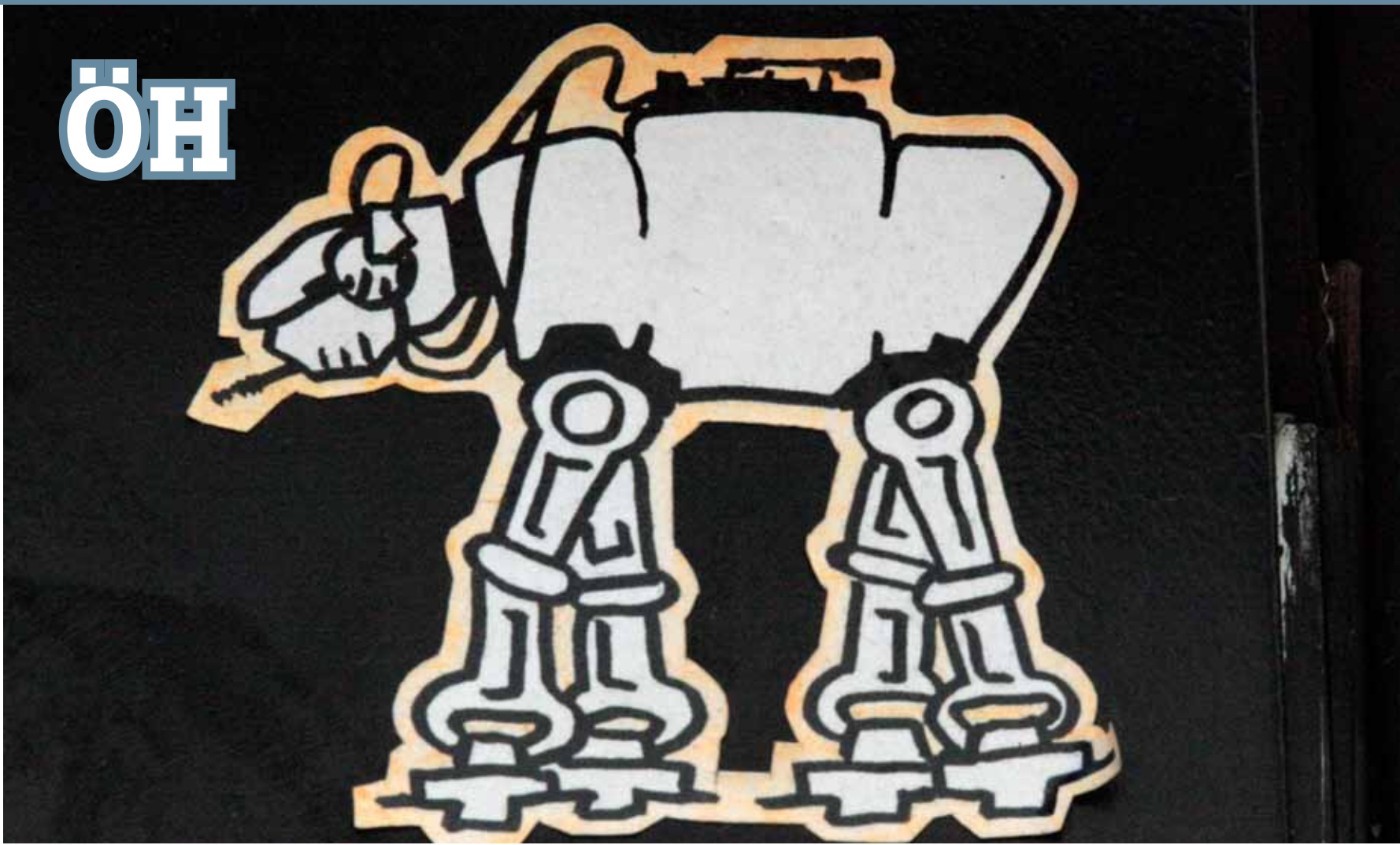
Christoph Dichand sitzt zudem längst nicht so fest im Sattel wie sein Vater. Der Miteigentümer der *Kronen Zeitung*, der deutsche Medienkonzern WAZ, teilt das Interesse der Familie Dichand an politischer Macht nicht. Die WAZ möchte Profite machen und eine Boulevardzeitung herausgeben, aber nicht den Preis für die politische Agenda der Dichands zahlen. Zuletzt ließ der Konzern juristisch die Herausgeber-Position von Christoph Dichand anzweifeln, und klagte auf Erhöhung des Verkaufspreises der *Krone*. Dies brächte der *Krone* zwar mehr Geld, aber wohl weniger LeserInnen und damit auch weniger Einfluss.

Refuseniks. Entscheidend wird für die Zukunft der *Kronen Zeitung* die Frage sein, ob sie für die Zeit nach Dichand ein neues Konzept findet. Denn ihr Modell befindet sich seit Jahren in einer stillen Krise. Einst konnte das Blatt eine im Vergleich größere Reichweite unter den österreichischen ZeitungslernerInnen verbuchen als das offizielle kommunistische Parteiorgan *Prawda*

in der Sowjetunion. Heute erreicht die *Krone* noch immer beinahe vier von zehn ZeitungslernerInnen in Österreich und ist das bei weitem am meisten gelesene Blatt der Republik. Doch die Zahl der Menschen, die überhaupt eine Zeitung lesen, schrumpft; die Zahl derer, die für eine Zeitung bezahlen wollen, ebenso. Zudem bricht der *Kronen Zeitung* mit den Jungen eine wichtige LeserInnenschicht weg: Sie sind es nämlich, die entweder statt der *Krone* Gratismedien oder gar keine Zeitung lesen oder aber Qualitätsmedien bevorzugen und sich über das Internet informieren. Seit 2001 hat die *Krone* rund zehn Prozent Marktanteil unter der ZeitungslernerInnenschaft verloren.

Das Blatt, das in seinem Layout den hausbackenen Charme vergangener Tage verströmt, ist für viele nicht nur politisch indiskutabel, sondern auch sonst ein überkommenes Relikt aus der Nachkriegszeit, das zwischen einzelnen Nachrichtenschnipseln viele Seiten voller Hundewelpen, Horoskopen und Hausmittelrezepten druckt. Die Meinungen der *Krone* erscheinen nicht nur konservativ und streitbar, sondern auch merkwürdig altmodisch und öde. Es ist also nicht überraschend, dass die Zahl der *Krone*-Refuseniks sowohl unter den LeserInnen wie unter den NichtleserInnen von Tageszeitungen ansteigt. Die Zeitung hat heute zweifelsohne noch Macht, aber sie ist keine Macherin mehr. ◀

Der Autor studierte Politikwissenschaft in Wien.



Eine Ära geht zu Ende

Kommentar der ÖH-Bundesvertretung

Die ÖH-Wahlen sind geschlagen und unsere Zeit in der Bundesvertretung neigt sich dem Ende zu. Eines unserer größten Ziele war es, die Wahlbeteiligung zu steigern, was auch gelungen ist, auch wenn sie mit derzeit 28,38 Prozent immer noch weit ausbaufähig ist. Welche Fraktionen die neue Exekutive stellen werden, ist momentan noch nicht klar, da noch Koalitionsverhandlungen laufen, wir wünschen unseren NachfolgerInnen aber auf alle Fälle alles Gute, viele Ideen und Hartnäckigkeit gegenüber der Regierung in den nächsten zwei Jahren, um weiterhin gute Vertretungsarbeit für alle Studierenden in Österreich leisten zu können.



Sigrid Maurer, Thomas Wallerberger, Mirijam Müller

Mit erstem Juli tritt die im Herbst von der Regierung beschlossene Kürzung der Familienbeihilfe in Kraft. Konkret bedeutet das, dass die Familienbeihilfe ab dann nur mehr an Studierende vor ihrem 24. Geburtstag (und in Ausnahmefällen bis zu ihrem 25. Geburtstag) ausbezahlt wird. Mit dieser Kürzung hat unsere Regierung

einmal mehr ihre Zukunftsfeindlichkeit bewiesen. Durch unsere Proteste konnten wir zumindest einige Ausnahmeregelungen erreichen, bei denen die Familienbeihilfe ein Jahr länger ausbezahlt wird, mehr dazu findest du auf unserer Homepage.

Doch die SPÖVP-Regierung hat im vergangenen Jahr nicht nur Kürzungen bei der Familienbeihilfe beschlossen, sondern auch die Studieneingangsphase verschärft. Ein Teil des beschlossenen Maßnahmenpakets ist die verpflichtende Voranmeldung, die diesen Sommer in Kraft treten wird. Alle, die im Wintersemester ein neues Studium inskribieren wollen, müssen sich bis spätestens 31. August per Internet voranmelden, ansonsten ist im Herbst die tatsächliche Inskription nicht möglich. Wir empfehlen daher allen, die sich bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht zu hundert Prozent sicher sind, was sie studieren wollen, sich für alle in Frage kommenden Studien anzumelden. Die gleichzeitig beschlossene verpflichtende Studienwahlberatung tritt erst für das Wintersemester 2012 in Kraft, ab dann müssen alle, die inskribieren wollen, ein Zertifikat über eine Beratung zur Studienwahl vorweisen können.

Wir wünschen euch einen erfolgreichen Abschluss dieses Semesters, viel Glück für die kommenden Prüfungen und einen entspannten Sommer. ◀

KURZMELDUNGEN

Und nun? Die ÖH-Wahlen 2011 sind beendet und die Ergebnisse ausgezählt. Die laufende Exekutivperiode der ÖH-Bundesvertretung geht noch bis 30. Juni 2011. Bis dahin arbeitet das aktuelle Team der ÖH noch für dich weiter. Gleichzeitig laufen auf den (meisten) Universitäten und auf Bundesebene Koalitionsverhandlungen. Diese müssen auf Bundesebene bis 29. 6. abgeschlossen sein. In der dann stattfindenden konstituierenden Sitzung der ÖH-Bundesvertretung wird ein neuer Vorsitz gewählt. Die NachfolgerInnen des Vorsitzteams treten mit 1. Juli 2011 ihr Amt an.

Neue STEOP. Ab kommenden Herbst müssen Studierende in Österreich mit einer weiteren Verschärfung der Studienbedingungen rechnen. Die Studieneingangs- und Orientierungsphase Neu, die ab dem Wintersemester 2011/12 in Kraft treten wird, bringt eine Vielzahl neuer Hindernisse für Studierende an Universitäten. Darunter fällt die Regelung, dass Prüfungen nur mehr einmal (fakultativ zweimal) wiederholt werden dürfen. Auch können Prüfungen aus einem späteren Studienabschnitt nicht vorgezogen werden. Die STEOP läuft Gefahr, weniger der Orientierung, sondern eher dem „rausprüfen“ der Studierenden zu dienen.

Bilanzbroschüre. Die Exekutive der ÖH-Bundesvertretung verabschiedet sich Ende Juni 2011. Im Rahmen einer neu gestalteten Bilanzbroschüre, wie auch eines Videos, wird auf zwei erfolgreiche Jahre ÖH-Arbeit zurückgeblickt. In der Broschüre sind die Erfolge und Aktionen der ÖH sowie eine Zusammenfassung ihrer Tätigkeitsfelder dokumentiert: Die Verhinderung flächendeckender Zugangsbeschränkungen, die Abschaffung der Studiengebühren und Erweiterung der Studienberatung sind nur einige der vielen Meilensteine. Die Bilanzbroschüre kann gratis heruntergeladen und bestellt werden. Infos unter: www.oeh.ac.at

Generation Praktikum - Mythos oder nicht?

Der offizielle Sinn eines Praktikums während der Studienzeit ist relativ naheliegend: Berufserfahrungen zu sammeln. Doch wird dieses Ziel auch wirklich erreicht und vor allem: Ist dieses Ziel genug, um den oft steinigen Weg zu rechtfertigen?

Theresa Aigner

Es war im Frühling 1998, als sich *Die Zeit*-Journalist Matthias Scholz, damals noch Student, von einer italienischen Erasmus-Studentin über die dortigen Berufschancen für Hochschul-AbsolventInnen aufklären ließ. Sie erzählte ihm, dass es dort nicht üblich sei, direkt nach dem Studium einen Job zu bekommen. Vielmehr nahmen junge Menschen in Italien schon damals nach dem Studium schlecht oder gänzlich unbezahlte Praktika an, um nach ein paar Jahren vielleicht eine echte Anstellung zu bekommen. Als er im Jahr 2001 sein Studium abgeschlossen hatte, zeichneten sich auch in Deutschland schon jene Veränderungen der Beschäftigungsformen für Studierende und AbsolventInnen ab, die er 2005 in jenem Artikel so trefflich beschreiben sollte, der einer Generation von prekär arbeitenden jungen Menschen einen vielzitierten Namen gab: die *Generation Praktikum*.

Gesellschaftliches Problem. Das war vor sechs Jahren. Was wurde seither aus der *Generation Praktikum*? Mitte Mai titelten die Bildungs-Res-

sorts der österreichischen Medien, dass ebendiese Generation gar nicht existiere, sie sei ein Mythos. Grund für diese Schlagzeile war eine vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene Vollerhebung unter Uni- und FH-AbsolventInnen, die zwischen 2003 und 2009 ihr Studium abgeschlossen hatten. Projektleiter der Studie, Harald Schomburg, hält es nicht für gerechtfertigt, von einer *Generation Praktikum* zu sprechen, weil 63 Prozent der AbsolventInnen angaben, regulär, also nicht freiberuflich oder in einem Praktikum, zu arbeiten. *Arbeitsmarktservice* Vorstand Johannes Kopf pflichtet hoch erfreut bei, denn er sei schon am Beginn der Debatte über den Begriff verwundert gewesen. Also, Daten lügen nicht und eine *Generation Praktikum* gibt es nicht – so schnell sollte eine Debatte, die weit mehr als nur eine Randerscheinung der sich wandelnden Arbeitsrealitäten betrifft, abgedreht werden. Der deutsche Soziologe Hans Peter Blossfeld erklärte 2007 in der Berliner Tageszeitung *Taz*, dass es um ein Phänomen gehe, welches die Gesellschaft als Ganzes betreffe. Denn zu bedenken sind nicht nur die Arbeitsverhältnisse der PraktikantInnen – auch befristete Verträge, Teilzeit, Werk- und

Honorarverträge, schlecht bezahlte Volontariate und Trainee Stellen sowie Gelegenheitsjobs gehören zu den Arbeitsbedingungen, die von jungen Menschen vorgefunden werden. Und diese produzieren große Unsicherheiten.

Problem nicht gelöst. Dass all diese Beschäftigungsformen im Jahr 2011 keine Konjunktur mehr hätten, können weder die Studie des Wissenschaftsministeriums, noch Erfahrungsberichte von jungen Beschäftigten bzw. Jobsuchenden belegen. Die Studie gibt auch keinen Aufschluss darüber, was jene 77 Prozent der AbsolventInnen, die sich nicht an der Umfrage beteiligt haben, machen. Die relativ geringe Rücklaufquote von 23 Prozent lässt Birgit Schatz, die ArbeitnehmerInnensprecherin der Grünen, vermuten, dass sich eher jene Menschen an solchen Studien beteiligen, die einen persönlichen Erfolg vorzuweisen haben. Zudem fragte die Studie nicht danach, ob man ein Praktikum macht oder gemacht hat. Anna Schopf initiierte 2006 die Plattform *Generation Praktikum* und findet es schade, dass mithilfe der Studie erneut versucht werde, eine „Beruhigungsspielle“ auszuwerfen, anstatt die

durchaus interessanten Ergebnisse zu diskutieren, die tatsächlich geliefert wurden. Diese haben aber nichts mit der *Generation Praktikum* zu tun. Die Plattform *Generation Praktikum* ist momentan auf der Suche nach einer neuen SprecherIn, ein Indiz mehr dafür, dass sich dieses Thema noch lange nicht erledigt hat.

Dass sich die Beschäftigungssituation für junge Menschen in Europa also in den letzten fünf Jahren weg von der *Generation Praktikum*, hin zu einer Situation sicherer Beschäftigungsverhältnisse gewandelt hat, die es erlauben würde, vom *Mythos Generation Praktikum* zu sprechen, lässt sich an der Lebensrealität junger Menschen nicht ablesen. Die Anzahl der gut ausgebildeten „Prekären“ ist durch die weltweite Finanzkrise und ihre Folgen sogar angestiegen. Die Frustration und die Unzufriedenheit, verursacht durch Jugendarbeitslosigkeitsraten von bis zu 40 Prozent in einigen europäischen Staaten, zeigt sich momentan vielleicht sogar so deutlich wie selten in den vergangenen Jahren. ◀

weitere Infos: www.generation-praktikum.at

Die Autorin studierte Journalismus in Wien.

Was wirst Du diesen Sommer machen?

PROGRESS fragt Studierende nach ihrer Feriengestaltung zwischen Praktika und Bakk-Arbeiten.



Helmut, Politikwissenschaft

Ich werde im Sommer Inskriptionsberatung für StudienanfängerInnen machen. Ziemlich cool finde ich dabei, dass man mit Studis zu tun hat. Wegen des Geldes mache ich es aber sicher nicht. Den Rest der Zeit schreibe ich an meiner Bakk-Arbeit.



Christian, Industriedesign

Ich arbeite in unserem Familienbetrieb, der elektrische Fahrzeugteile herstellt. Nicht nur für das Geld, sondern auch, um auszuhelfen. Den Rest der Zeit werde ich in Griechenland urlauben – die können die Kohle dort jetzt gebrauchen.



Eva, Lehramt Deutsch und Englisch

Zwei Wochen lang bin ich als Betreuerin in einem Pfadfinderlager für 7- bis 14-Jährige, danach als Begleiterin bei einer Sprachreise für Teenager. Geld gibt es dafür kaum, ich mache es wegen den Kindern und weil es später beim Job hilft.

Ride for your Rights!

Im Juli wird in die Pedale getreten. Eine Radtour quer durch Europa bietet Studierenden die Möglichkeit, sich auszutauschen und gemeinsam nach europäischen Werten zu suchen. Darüber hinaus will man sich auch an die Politik wenden.

JULIAN WALKOMIAK

Durch das Projekt *Ride for your Rights!* werden junge EuropäerInnen aus allen Ländern des Kontinents zu mehr Partizipation animiert und aufgefordert, sich gemeinsam für ein gleichberechtigtes Europa einzusetzen. Die Tour soll TeilnehmerInnen aus verschiedensten Ländern mit unterschiedlichen soziokulturellen Hintergründen zusammenbringen. Dabei sollen sie sich mit der Frage auseinandersetzen, was uns in Europa eigentlich verbindet? Diese Fragestellung wird zahlreiche Studierende begleiten, während sie gemeinsam von Novi Sad in Serbien über Kroatien, Ungarn, die Slowakei, Österreich, die Tschechische Republik, Polen, Litauen, Lettland, Estland und Finnland bis nach St. Petersburg in Russland radeln. Es wird dabei regelmäßig zu neuen Konstellationen der TeilnehmerInnen kommen, da die Tour nach dem *hop on – hop off* Prinzip funktioniert. Die dabei entstehenden informellen Lernprozesse werden zusätzlich durch Begegnungen mit Persönlichkeiten aus Kultur, Wissenschaft und Politik und durch organisierte Workshops ergänzt. Das Gesamtprojekt soll gleichzeitig Aufmerksamkeit erregen, um die Wichtigkeit der StudentInnenmobilität in Europa aufzuzeigen. Denn langfristige Aufenthalte im Ausland (etwa Rahmen eines Studienjahres) bieten jungen Menschen die Möglichkeit, eine gemeinsame europäische Identität zu entwickeln und sich in die Sprache und Kultur des jeweiligen Landes zu vertiefen.

Ein europäisches Bewusstsein. Die gemeinsame Radtour durch verschiedene Kultur- und Sprachregionen bringt die TeilnehmerInnen auf eine europäische Identitätssuche. Dabei sollen alle angesprochen werden: In Wien wird etwa am 19. Juli von 17 bis 18 Uhr eine gemeinsame Tour mit behinderten Studierenden für ihre Rechte durchgeführt. Insbesondere auch die Besuche von Gedenkstätten und edukative Arbeit in Workshops machen den TeilnehmerInnen die Bedeutung eines gemeinsamen und gewaltfreien Handelns für ein demokratisches und friedvolles Europa bewusst.

Der Gedanke für ein gemeinsames und friedvolles Europa der Zukunft soll durch eine Auseinandersetzung mit der gemeinsamen europäischen Geschichte gestärkt werden. In Polen und Litauen werden die TeilnehmerInnen der Tour Gedenkstätten des Zweiten Weltkrieges besuchen, in Serbien soll es versöhnende Veranstaltungen zum Jugoslawien-Krieg geben.

Die Bewältigung von knapp 4.000 Kilometern mit dem Fahrrad soll allen Studierenden zeigen, dass das Fahrrad als Transportmittel umweltfreundlich und effizient zugleich ist. Die Vorteile des Radfahrens sollen zu einem täglichen Gebrauch im Alltag animieren, um der Umweltbelastung durch Abgase entgegenzuwirken.

Sichtbarkeit. Die gesamte Tour wird von einer Filmcrew begleitet, welche für regelmäßige Information per Video sorgen wird. Diese wird auf den Webblog des Projektes sowie auf diverse Seiten in Social Networks hochgeladen. Bereits vor Tour-Beginn sind Video-Clips entstanden und bieten schon jetzt Kontakt zu Persönlichkeiten aus Sport, Kultur und Friedensdienst. Nach der Tour werden alle filmischen Aufzeichnungen zu einem Dokumentarfilm verarbeitet.

Während der Tour wird über eine internationale Unterschriftenaktion an verschiedene Instanzen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft appelliert, Studierendenmobilität in Europa nachhaltig zu fördern. Durch mediale Präsenz während der Tour und durch die Unterschriftenaktion will *Ride for Your rights!* die Wichtigkeit des kulturellen Austausches in Form von Studierendenmobilität unterstreichen.

Nach Ende der Tour wird ein großes Abschlusstreffen stattfinden, bei welchem alle beteiligten OrganisatorInnen ihre Erfahrungen austauschen und Verbesserungsvorschläge für ein europäisches Studium und weitere Veranstaltungen erarbeiten. Zu diesem Treffen sind auch EU-Parlamentsabgeordnete und EU-KommissarInnen eingeladen, um das Ergebnis der Tour präsentieren zu können. ◀

Der Autor studiert Anglistik in Wien.

DAS PROGRAMM IN WIEN:

Dienstag, 19. Juli 2011:

Ab 16 Uhr: Treffpunkt mit behinderten Studierenden vor dem *Austria Center* (Konferenzzentrum bei der UNO). Nach Eintreffen der Tour wird eine Charta für die Rechte von Studierenden mit Behinderungen übergeben.

Ab 17 Uhr: *Ride for your Rights!* Tour mit behinderten Studierenden, AktivistInnen... (mit Rollis, Skates, Rädern): Reichsbrücke, Lasallestraße, Praterstern, Praterstraße, Aspernbrücke, Stubenring und entlang des Rings bis zur Universität Wien.

Ab 18 Uhr wird es einen Empfang für die TeilnehmerInnen durch die Universität Wien geben.

Mittwoch, 20. Juli :

11–14 Uhr: Workshop zum Thema „Gewaltfreies Handeln“.

Donnerstag, 21. Juli:

11–14 Uhr: Stadtrundgang mit internationalen StudentInnen.

16:30 Uhr: Treffpunkt für *Soli-Ride* im *Sigmund Freud Park*

17–19 Uhr: *Soli-Ride* durch Wien bis zum TÜWI.

Ab 19 Uhr: Live-Musik im TÜWI von *Ost in Translation* und *Sympathy for Strawberry*.

Abendessen: Volksküche (Erlös geht an Radstromprojekt)

Kontakt und Anmeldung:

Homepage: www.rideforyourrights.org

Manifest: www.petitiononline.com/rfyr/petition.html

Facebook: www.facebook.com/RideforyourRights

Email: rideforyourrights@campuseuropae.org

Humboldt kannte keine Massenunis

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle im Gespräch mit dem PROGRESS über Studiengebühren, die Finanzierung der österreichischen Hochschulen und die Uni-Brennt-Bewegung.

PROGRESS: Hannes Androsch hat vor kurzem gemeint, dass sowohl die Politik als auch die Zivilbevölkerung in Österreich von Feig- und NeidbürgerInnen bestimmt werden. Hat er Recht?

TÖCHTERLE: Nein, ich finde nicht, dass er Recht hat. Ich verwehre mich dagegen, dass man ständig in dieses Lamentieren ausbricht. Für mich ist das ein Gejammer auf hohem Niveau. Was die Hochschulen betrifft: Da geht Vieles weiter. Ich sehe den Stillstand, der hier zum Teil herbeigeredet wird, nicht. Aber natürlich haben wir auch Einiges zu tun.

Vor kurzem fanden die ÖH-Wahlen statt, eine neue Exekutive wird bald im Amt sein. Wie bewerten Sie die Arbeit der auslaufenden Exekutive?

Auf jeden Fall positiv. Wie Sie ja wissen, war ich mit der Uni-Brennt-Bewegung von Anfang an dialogbereit. Ich habe diese Bewegung als einen wichtigen Beitrag zur Diskussion gesehen. Natürlich ist dieser Beitrag nicht direkt von der ÖH gekommen, sondern von woanders und es war anfangs gar nicht leicht für die ÖH, mit dieser Bewegung umzugehen. Das habe ich in Innsbruck live mitbekommen. Dort war das für die ÖH ziemlich schwierig.

Inwiefern?

Weil die ÖH in Innsbruck sich in einem gewissen Gegensatz befunden hat zur Uni-Brennt-Bewegung. Die ÖH-Exekutive in Innsbruck war damals ja von der AG dominiert und hat diese Uni-Brennt-Bewegung teilweise als Versuch gesehen, die ÖH-Wahl umzuschreiben. So ganz zusammengefunden hat man dort nie. Ich habe das Gefühl, dass dies in Wien besser funktioniert hat. Sigrid Maurer hat es dort schneller geschafft, mit der Bewegung zu verschmelzen. Andererseits ist es natürlich nicht nur diese Bewegung, die die Politik der ÖH in den vergangenen Jahren getrieben hat, sondern auch viele andere Dinge. Die ÖH hatte mit Sigrid Maurer in den vergangenen zwei Jahren eine eloquente und starke Wortfüh-

rerin. Sie war sehr sichtbar und hörbar. Wir alle wissen aber auch, dass wir bei zwei Kernthemen unterschiedlicher Meinung sind ...

Studiengebühren und Zugangsbeschränkungen ...

Genau, das ist ja bekannt. Man kann sich darüber ärgern, dass ich nicht von meinen Positionen abrücke. Ich kann mich aber auch darüber wundern, dass die andere Seite nicht von ihren Positionen abrückt.

Was erwarten Sie sich von der Zusammenarbeit mit der kommenden ÖH-Exekutive?

Ich wünsche mir natürlich eine gute Zusammenarbeit. Am Wahlabend war ich auf der Bundesvertretung und habe mit allen FraktionsvertreterInnen gesprochen und das Gefühl gehabt, dass die Gesprächsbereitschaft gegeben ist.

Wäre Ihnen eine schwarz-gelbe Koalition auf der ÖH-Bundesvertretung lieber als Rot-Grün? Immerhin hätten Sie damit bei einigen Anliegen, wie etwa Studiengebühren oder Zugangsbeschränkungen, weitere BündnispartnerInnen.

Die Jungen Liberalen waren die einzige Fraktion, die offensiv für Studiengebühren im Wahlkampf eingetreten ist – und sie haben ein beachtliches Ergebnis eingefahren.

Seit 2005 können Studierende ihre Bundesvertretung ja nicht mehr direkt wählen, das bedeutet unter anderem auch, dass die Stimmen von kleineren Universitäten mehr Gewicht haben als die von größeren. Sie haben sich vor kurzem bezüglich des ÖH-Wahlmodus gesprächsbereit erklärt. Sind Sie für eine Wiedereinführung der Direktwahl?

Ich bin absolut gesprächsbereit was eine Änderung des Wahlrechts betrifft. Ich kenne die Argumentation und viele Argumente für die Direktwahl erscheinen mir plausibel.

Was sind Ihrer Meinung nach derzeit die größten Baustellen im Hochschulsektor?

Ich rede lieber von Konzepten. Aber wenn ich in der Terminologie von Baustellen bleiben soll, dann habe ich ja einige begonnene Projekte von Beatrix Karl übernommen. Zum einen wäre da die Studienplatzfinanzierung, zum anderen der Hochschulplan, wobei man den Hochschulplan als Dach über allem anderen sehen kann. Das sind jetzt einmal die größten Konzepte, die zur Realisierung anstehen. Bei beidem bin ich optimistisch und denke, dass wir noch in diesem Jahr wesentliche Schritte machen werden.

Seit Jahren gibt es in Österreich das Ziel, zwei Prozent des BIP für den Hochschulsektor zu verwenden. Derzeit sind wir immer noch bei 1,3 Prozent. Wie und bis wann, glauben Sie, kann dieses Ziel erreicht werden?

Bekannt ist, dass der öffentliche Anteil an diesen 1,3 Prozent deutlich höher ist als in anderen Ländern. Bei uns ist der private Anteil an der Hochschulfinanzierung immer noch sehr niedrig. Dieser könnte von Drittmittelfinanzierung durch Unternehmen gedeckt werden. Aber auch Studiengebühren könnten hier einen Beitrag leisten. Mir ist klar, dass dieser nur einen geringen Anteil im Gesamtbudget ausmachen würde, aber auch das wäre eine Möglichkeit, dem angestrebten Budget näherzukommen. Geplant ist, das zwei-Prozent-Ziel bis 2020 zu erreichen. Das ist sehr ambitioniert. Die Krise hat uns auch hier zurückgeworfen. Die Konsolidierungsmaßnahmen im Wissenschafts- und Unterrichtsministerium sind zwar die geringsten, aber auch hier mussten wir Einsparungen tätigen.

Manche Länder haben hier einen ganz anderen Weg eingeschlagen. In Deutschland wurden beispielsweise umfangreiche Investitionen in Milliardenhöhe in die Bildung getätigt. In Österreich wird dagegen weiter gespart.

Diese Entscheidungen sind vor meiner Zeit als Minister getroffen worden. Man kann aber sicher positiv vermerken, dass im Bildungsbereich

Foto: Novotny



Töchterle: „Ich bin eher auf der Seite der Pragmatiker“.

hierzulande am wenigsten eingespart wurde. Die neue Finanzministerin hat aber auch schon mehrmals gesagt, dass sie weiterhin einen Sparkurs fahren möchte, mit den Ausnahmen: Familie, Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Im Herbst stehen die Budgetverhandlungen für die nächste Leistungsvereinbarungsperiode an. Die RektorInnenkonferenz etwa fordert zumindest 300 Millionen Euro mehr, allein um den Status Quo aufrecht erhalten zu können. Werden Sie diese Mittel bekommen?

Auf Zahlen kann ich mich jetzt klarerweise nicht einlassen. Die Forderung ist natürlich berechtigt, wenn man sich ansieht, wie sehr die Studierendenzahlen steigen. Wir haben zwischen 2005 und 2010 einen Anstieg von etwa 50.000 Studierenden gehabt und die Studierendenzahlen werden auch weiter steigen. Von daher ergibt sich natürlich ein wachsender Finanzbedarf. Ob es jetzt genau die dreihundert Millionen sind, darüber kann man streiten.

Mit welchem Ziel gehen Sie in die Verhandlungen?

Das Ziel muss sein, mehr Geld für den Hochschulsektor bereitzustellen, wobei man auch die Studienplatzfinanzierung mitdenken muss. Wir planen diese mit der kommenden Leistungsvereinbarungsperiode ebenfalls zu implementieren. Da zeigen uns Berechnungen einen Mehrbedarf. Das wird natürlich eine Rolle bei den Budgetverhandlungen spielen.

Wie wird das Modell der Studienplatzfinanzierung ungefähr aussehen – wie wird ein Studienplatz künftig berechnet werden?

Erste Eckpunkte wird es Ende Juni geben. Deswegen bitte ich Sie um Verständnis, dass ich jetzt keine wirklichen Details bekannt gebe. Ich kann nur so viel sagen, dass wir derzeit in Fächergruppen und auf der Basis internationaler Vergleichsstudien rechnen. Man kann verschiedene Modelle in Betracht ziehen. Eine Frage ist natürlich, welche Studieren-

denzahlen man annimmt. Die Frage ist, ob die Inkriptionszahlen oder die Zahl der aktiven Studierenden in die Rechnung einfließen sollen?

Werden bei dem neuen Modell die Betreuungsverhältnisse berücksichtigt?

Ja, das Betreuungsverhältnis ist eine entscheidende Größe bei den Berechnungen. Wir streben ein ideales Betreuungsverhältnis an, jedoch sind wir in vielen Fächern weit davon entfernt.

Was ist aus Ihrer Sicht ein ideales Betreuungsverhältnis?

Das ist natürlich von Fach zu Fach unterschiedlich.

Eine ungefähre Richtgröße muss es doch geben?

Die einzelnen Zahlen habe ich nicht im Kopf. Derzeit könnte man die Idealzahlen jedoch nur finanzieren, wenn man entweder radikal begrenzt oder radikal das Budget ausweitet. Beides ist unrealistisch. Man muss sich also irgendwo dazwischen bewegen.

Sie sind ja bekanntlich für Studiengebühren. Warum eigentlich?

Studiengebühren eröffnen die Möglichkeit, dass die Studierenden einen Beitrag zur Finanzierung des Hochschulsystems tätigen können. Das soll in Österreich jeder tun, der es sich leisten kann. Zumal viele Studierende es auch akzeptieren!

Die Argumente rund um die Studiengebührendebatte lassen sich grob in drei Gruppen einteilen: Einmal eine Humboldt'sche humanistische Argumentation, dass Bildung für alle zugänglich und kostenlos sein soll. Dann die Wirtschafts-Liberalen, die meinen, Bildung müsse einen monetären Wert besitzen. Und dann die PragmatikerInnen, für die Gebühren das Unibudget abdecken sollen. Wo sehen Sie sich?

Ich bin eher der auf der Seite der Pragmatiker. Denn das Ideal, dass jegliche Bildung kostenlos

sein soll, ist ein sehr schönes, aber eben unrealistisch. Deswegen das Pragmatische. Wobei man über das Humboldt'sche streiten könnte. Humboldt ist natürlich von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen und hat ganz andere Zahlen im Blick gehabt. Die Massenuni von heute kannte er nicht.

2008 wurde von SPÖ und ÖVP ein Entschließungsantrag zur direkten Auszahlung der Familienbeihilfe beschlossen. Dies betrifft Studierende ab dem 18. Lebensjahr. Aus dem Entschließungsantrag ist bisher aber noch nichts geworden. Warum?

Das ist mir entgangen.

Es kommt ja immer wieder zu Fällen, bei denen Eltern die Familienbeihilfe ihrer Studierenden Kinder einbehalten. Würden Sie sich grundsätzlich dahinterstellen zu sagen, Studierende sollen die Familienbeihilfe direkt ausbezahlt bekommen?

Natürlich sollte es nicht so sein, dass die Jungen davon nichts spüren. Das ist eine grundsätzliche Position, die man vertreten und diskutieren kann. Aber wie man das jetzt in ein Gesetz gießt, das fällt nicht in mein Ressort.

Nach dem neuen Budgetgesetz bekommen Studierende, die älter als 24 Jahre sind, keine Familienbeihilfe mehr ausbezahlt. Auch die Zuschüsse für die Studierendenheime wurden gekürzt. Das Studentenwerk in Salzburg hat vor kurzem bekannt gegeben, dass seine Mietpreise in Folge dessen ab dem nächsten Jahr um 30 bis 40 Euro ansteigen werden.

Ja, da müssen wir einen Weg finden, um sozial Bedürftigen eine Unterstützung zu geben. Ich kann das Loipersdorfer-Paket vom vergangenen Herbst nicht wieder aufschneiden. Was ich tun kann, ist, gewisse Härten zu mildern.

Das Interview führten Georg Sattelberger und Ann-Kathrin Slupek.

Service, das hilft!



Studentische Selbstversicherung

Ca. 38.000 Studierende sind in Österreich bei einer der neun Gebietskrankenkassen studentisch selbstversichert – bisher zu den Kosten von 24,93 Euro monatlich. In den vergangenen Wochen flatterte ihnen ein Brief der GKK ins Haus, der ankündigt, dass sich der monatliche Beitrag ab 01.07.2011 auf 49,85 Euro verdoppeln wird.

Was ist geschehen? Bis dato wurden die Kosten der studentischen Selbstversicherung zur Hälfte von den Studierenden getragen, die andere Hälfte wurde vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (BMWf) finanziert. Im Zuge des Sparpakets wurde dieser Zuschuss des BMWf allerdings gestrichen.

Darüber haben wir als ÖH-Bundesvertretung seit Bekanntwerden des Sparpakets hingewiesen und dagegen protestiert – allerdings wurde der Wegfall des Zuschusses zur studentischen Selbstversicherung (sowie auch die radikale Kürzung der Heimförderungen) von der Herabsetzung des Bezugsalters der Familienbeihilfe in Hinblick auf die mediale Rezeption überlagert.

Politisch problematisch war der Wegfall dieses Zuschusses insofern, als dass dazu keine Gesetzesänderung nötig war und somit auch keine parlamentarischen Einflussmöglichkeiten gegeben waren. Gespräche der ÖH-Bundesvertretung mit hochrangigen Vertretern des BMWf bzw. (der damaligen) Wissenschaftsministerin Karl und (dem damaligen) Finanzminister Pröll sind leider auf taube Ohren gestoßen – auch vom BMWf in Aussicht

gestellte Verhandlungen mit den Bundesländern bzw. den Gebietskrankenkassen zur Abfederung dieser Einsparung dürften offensichtlich – so sie stattgefunden haben – nicht gefruchtet haben.

Das Sozialreferat der ÖH-Bundesvertretung empfiehlt allen Betroffenen, sich folgende Variante eines Versicherungsverwechslers zu überlegen:

Die studentische Selbstversicherung kostet ab 01. Juli 49,85 Euro im Monat, damit ist man krankenversichert (ohne Anspruch auf Geldleistungen, also z.B. Kranken- oder Wochengeld). Bei geringfügiger Beschäftigung gibt es die Möglichkeit des „opting in“. Zuständig dafür ist auch die Gebietskrankenkasse, die monatlichen Kosten betragen 52,78 Euro – dafür ist man allerdings krankenversichert (inkl. Geldleistungen) und auch pensionsversichert (der spätere Nachkauf eines Pensionsmonats kostet derzeit hingegen 900 Euro).

Umsetzung der Richtlinie 2004/114/EG. Am 01. Mai 2011 wurde endlich jene EU-Richtlinie in Österreich umgesetzt, die besagt, dass Studierenden aus Drittstaaten einen Rechtsanspruch auf die Erteilung einer von dem/der ArbeitgeberIn zu beantragenden Beschäftigungsbewilligung haben, und zwar im Ausmaß von bis zu zehn Wochenstunden für Studierende im ersten Abschnitt oder im Bachelor bzw. bis zu 20 Wochenstunden für Studierende im zweiten Abschnitt bzw. im Master.

ch

Volksbegehren Bildungsinitiative

Ende letzten Jahres hat eine Gruppe recht unterschiedlicher Menschen, von ehemaligen PolitikerInnen über AutorInnen bis hin zu SchülerInnen, die Idee aufgegriffen mit Hilfe eines Volksbegehrens den Druck auf die heimische Bildungspolitik zu vergrößern. An vielen Ecken und Enden scheint es derzeit Probleme zu geben. Zu wenige frühkindliche pädagogische Einrichtungen, die zudem meist nur als Kinderaufbewahrungsstätte gesehen und die dort arbeitenden PädagogInnen auch entsprechend schlecht bezahlt werden. Seit mittlerweile 90 Jahren versucht Österreich durch immer wiederkehrende Murmeltiere äh Schulversuche, das international mittlerweile etwas aus der Mode gekommene differenzierte Schulsystem zu überwinden. Über die Unterfinanzierung der Hochschulen muss wohl in diesem Magazin nicht mehr allzu viel hinzugefügt werden. Wer gerne den genauen Antragstext des Volksbegehrens lesen möchte oder an sonstigen Informationen rund um das Projekt interessiert ist, findet alles Notwendige auf www.nichtsitzenbleiben.at. Wer das Volksbegehren für einen Schritt in die richtige Richtung hält, kann noch bis 01. Juli im Gemeindeamt bzw. Magistratischen Bezirksamt des Hauptwohnsitzes eine Unterstützungserklärung unterzeichnen. Diese gilt auch gleich als Unterschrift für die Eintragungswoche im Herbst. Wer sich so oder so gerne an der Diskussion rund um die aktuelle Bildungspolitik beteiligen möchte, dessen Meinung ist auf der Plattform www.bildungsdeck.at gefragt.

ch

REFERATE DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHÜLERINNENSCHAFT

Referat für pädagogische Angelegenheiten

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
paedref@oeh.ac.at

Referat für Fachhochschul-Angelegenheiten (bzw. Referat für Bildungspolitik)

Beratung: Dienstag 10–13 Uhr, Donnerstag 13–16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 38, Fax: - 36
FH@oeh.ac.at, bipol@oeh.ac.at

Referat für Sozialpolitik

Sozialberatung: Dienstag 10–13 Uhr,
Mittwoch von 16–19 Uhr sowie Donnerstag 14–16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 43
sozial@oeh.ac.at

Wohnrechtsberatung: Dienstag 10–13 Uhr und

Donnerstag 13–16 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 41
wohnrecht@oeh.ac.at

Sozialfonds: Dienstag und Donnerstag 10–12 Uhr

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 22
sozialfonds@oeh.ac.at

Studien- und MaturantInnenberatung

Montag, Mittwoch, Donnerstag 13–16 Uhr
Dienstag, Freitag 9–12 Uhr

Spezialberatung zur Studienberechtigungsprüfung:

Dienstag 18–20 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 24 bzw. - 25
studienberatung@oeh.ac.at
Skype: OEH-Beratung

Vereinbarung von Beratung an Schulen und Betreuung von

Ständen bei Berufs- und Studieninformationsmessen
Agnes Wühr: +43 (0) 676/888 522 92
agnes.wuehr@oeh.ac.at

Referat für internationale Angelegenheiten

Donnerstag 10–13 Uhr
Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 95
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
internationales@oeh.ac.at
Skype: internats_bv

Referat für ausländische Studierende

Tel: +43 (0) 1/310 88 80 - 65, Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
auslaenderInnenreferat@oeh.ac.at
Montag 9–12 Uhr (persisch, englisch, deutsch)
Dienstag 10–12 Uhr (englisch, türkisch, deutsch)
Donnerstag 15–18 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)
Freitag 9–12 Uhr (englisch, spanisch, deutsch)

Referat für feministische Politik

Donnerstag 12–14 Uhr sowie nach Terminvereinbarung
Tel: +43 (0) 676/888 522 74
Fax: +43 (0) 1/310 88 80 - 36
frauenreferat@oeh.ac.at

Referat für Menschenrechte und Gesellschaftspolitik

Maria Clar: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
oder +43 (0) 676/888 522 52
Mittwoch 11–14 Uhr oder nach Vereinbarung
maria.clar@oeh.ac.at

Julia Hofmann: +43 (0) 1/310 88 80 - 46
julia.hofmann@oeh.ac.at

PA alle Referate: Taubstummengasse 7–9, 1040 Wien



Angst fressen Europa auf: Die Zeit des Zorns ist gekommen

Kommentar von Stefan Apfl

In Spanien, wo 45 Prozent Jugendarbeitslosigkeit herrschen, lässt die Regierung friedliche Demonstrierende von der Straße prügeln. In Griechenland, wo der unausweichliche Staatsbankrott gerade zum zweiten Mal hinausgezögert wird, greifen die Kinder einer enterbten Mittelschicht zu Molotowcocktails. Und jene arabischen Kids, die beim Versuch, in eine bessere Zukunft zu fliehen, nicht vor Italiens Küste ersaufen, werden wie eine Seuche behandelt, wegen derer die Grenzbalken wieder fallen.

Kurzum, etwas läuft gewaltig schief in Europa, und jeder kann es spüren, am meisten die Jungen.

Denn während sich als Folge der Finanzkrise die größte Umverteilung in der Geschichte des Kapitals ankündigt, nämlich von unten nach oben, vom Sozialstaat zu den Krisenauslösern, wächst in Europa die erste Generation seit dem Zweiten Weltkrieg heran, für die das Versprechen, es einmal besser als die eigenen Eltern zu haben, nicht mehr gilt. Das nächste Praktikum, die nächste Party, das nächste *Neon* kommen bestimmt.

In Brüssel haben risikoscheue Juristinnen und Juristen das Sagen übernommen, in Europas Hauptstädten Egomanninnen und Egomann-

nen wie Frankreichs Nicolas Sarkozy, Zauderer wie Angela Merkel oder Wohnbaustadträte wie Werner Faymann. Auf die unsicheren Zeiten reagieren sie mit Sonntagsreden und Homestories, soziale Verteilungskämpfe nennen sie einen „Clash of Cultures“. An die Stelle von Erweiterung und Integration sind Entsolidarisierung und Renationalisierung getreten. Dabei ist Europa nicht weiß, ängstlich, männlich, christlich und 50plus. Nur seine Elite ist es.

Noch haben die Zeltstädte der spanischen Jugend keinen europäischen Frühling ausgelöst. Dabei ist die Zeit für einen neuen Projektvertrag gekommen. Denn gerade in der Krise benötigen wir das Projekt Europa mehr denn je. Nicht, weil es dazu keine Alternative gäbe, sondern weil das Projekt selbst bereits die Alternative ist.

Und wenn es einen Tag, eine Woche, ein Monat des Zorns dauert, um ein offenes, ein solidarisches, ein neu gedachtes Europa einzufordern: Nehmen wir uns die Zeit dafür. An Zorn wird es nicht mangeln. ◀

Stefan Apfl studierte Journalismus in Wien und arbeitet als Politik-Redakteur bei der Wiener Wochenzeitung Falter.

KURZMELDUNGEN

Westbalkan bald in der EU? „Ich erwarte, Sie als 28. Mitglied der Union begrüßen zu dürfen“, sagte EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle Anfang Juni direkt an das kroatische Volk gewandt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach von einem „historischen Augenblick“. Füle kündigte außerdem überraschend an, dass Mazedonien, das bereits um eine Mitgliedschaft angesucht und den Status eines Kandidaten hat, noch 2011 seine Beitrittsverhandlungen beginnen könnte. Gleichzeitig könnte Serbien nach der Auslieferung des mutmaßlichen Kriegsverbrechers Radko Mladić damit rechnen, den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu bekommen.

Liebesgrüße aus Astana nach Wien. Österreichs Regierung möchte engere Beziehungen zu Zentralasien aufbauen. Dabei gehe es vor allem um die reichen Öl- und Gasvorkommen in Ländern wie Kasachstan und Tadschikistan, sagte Außenminister Spindelegger bei einem Treffen des World Economic Forum Anfang Juni in Wien. Besonderes Interesse hat vor allem der Energiekonzern OMV, der Gasvorkommen in der Region aufkauft und an der Gaspipeline *Nabucco* mitbaut. Menschenrechte waren bei dem Treffen von führenden PolitikerInnen aus der Region kein Thema, obwohl Zentralasien von NGOs als Weltgegend mit der geringsten Pressefreiheit kritisiert wird.

Sexskandal in den Vereinigten Staaten. Sexskandale erschüttern nicht nur die Politik in Europa. Der US-Kongressabgeordnete Anthony Weiner gestand kürzlich ein, einer jungen Frau über Twitter Fotos von seiner Leibesmitte gesandt zu haben. Er folgt damit der unruhlichen „Tradition“ des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi und IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn. Weiner will sich nun einer psychologischen Behandlung unterziehen, und entschuldigte sich bei dem Opfer. Ähnliche Abbitten von Berlusconi und Strauss-Kahn sind bisher freilich nicht bekannt.

Prantl: „Wer hart kommentiert, der muss mit harten Reaktionen rechnen.“



Foto: Corn

Den Leuten nicht den Bauch pinseln

Heribert Prantl, einer der renommiertesten Journalisten Deutschlands, hat im Sommersemester eine Vorlesung im Rahmen der Theodor-Herzl-Dozentur an der Universität Wien gehalten. Mit PROGRESS spricht er über Radikaldemokratie, sein journalistisches Credo und den politischen Wert guter Kommentare.

PROGRESS: Herr Prantl, der Chefredakteur der österreichischen Zeitung Die Presse hat Sie jüngst einen „jakobinischen Moraliſten“ genannt. Die Jakobiner ſtehen für Tugendterror und Massenmord. Was sagen Sie zu dieser Anschuldigung?

PRANTL: Ich glaube nicht, dass der Kollege das so gemeint hat. Gleichwohl: Manche Kritik muss man nicht kommentieren, sie spricht gegen sich selbst. Abgesehen von Übertreibungen kann man aber sagen: Wer hart kommentiert, der muss mit harten Reaktionen rechnen. Es kann dabei ein demokratischer Mehrwert entstehen.

Warum kommt die Kritik an Ihnen zumeiſt von rechter Seite?

Weil die mich anscheinend für links hält. Links nennen mich die, denen ich zu viel von sozialer Gerechtigkeit schreibe. Rechts nennen mich die, die meinen, dass man mir den Katholiken zu sehr anmerkt. Das ist eher das Problem der Kritiker als meines. Wenn jemand mich für links hält, weil ich mich für die Schwachen in der Gesellschaft einsetze und fordere, dass Reichtum stärker besteuert wird – dann bin ich halt in Gottes Namen links. Und wenn jemand mich für rechts hält, weil ich glaube, dass Kirchen eine wichtige Aufgabe haben – bitte schön! Wichtig ist für einen Kommentator, dass er überhaupt eine Haltung hat. Darüber hinaus gilt der alte Satz: Viel Feind, viel Ehr.

Was würden Sie als Ihre Haltung bezeichnen?

Ein Kollege hat einmal geschrieben, wenn wir das Jahr 1848 hätten, würde der Prantl auf den Barrikaden stehen und für die Demokratie streiten. Das hat mir gefallen. Wenn das Wort radikal heute nicht so ne-

gativ konnotiert wäre, würde ich mich als Radikaldemokraten sehen. Auf Wikipedia nennen sie meine Haltung linksliberal. Meinetwegen. Andererseits bin ich sehr katholisch aufgewachsen, was man, wie gesagt, bei religiösen Fragen merkt. Mein soziales Engagement wurzelt letztlich in dieser christlichen Substanz, und mein Schreiben für die Freiheitsrechte kommt von der Juristerei. Wenn das den Leuten, die als Konservative rumlaufen, nicht passt, dann haben die einfach nicht kapier, was konservativ bedeutet. Ich kann mich auch gut als Konservativer definieren, in dem Sinne, dass ich die freiheitlichen Grundrechte verteidige.

Wie würden Sie den „Radikaldemokraten“ definieren, der in Ihnen schlummert?

Der schlummert nicht, sondern ist wach. Meine Vorstellung von einem guten Gemeinwesen sieht so aus: Demokratie, Rechtsstaat und Sozialstaat sind Partner. Das ist eigentlich gar nicht radikal, sondern notwendig. Demokratie ist eine Gemeinschaft, die ihre Mitglieder achtet und schützt. Demokratische Entscheidungen sind daher nicht automatisch rechtsstaatliche Entscheidungen. Ein Land wäre gewiss keine beispielhafte Demokratie, wenn es per Plebiszit Menschen- und Freiheitsrechte missachtet.

Ihr Credo hat nach dem Zweiten Weltkrieg das Fundament des erfolgreichen Neuanfangs in Österreich und Deutschland gebildet. In jüngster Zeit erleben wir aber, dass sich die Demokratie und der Sozialstaat in der Krise befinden. Darunter scheint vor allem die Legitimation des Parlamentarismus zu leiden. Wie sehen Sie das?

Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen, steht in der Präambel der Schweizer Verfassung. Das ist ein guter Satz. Wenn immer mehr Leute nicht mehr zum Wählen gehen, weil sie sich nicht mehr vertreten fühlen, wenn sie sich ausklinken aus der Demokratie, dann ist das gefährlich. Das ist das eine. Das andere: Wenn im Parlament wesentliche Fragen nicht mehr ordentlich diskutiert werden, weil der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin die Sachen schon entschieden hat, bevor irgendjemand Muh und Mäh sagen konnte, dann ist das ein Problem. Das Parlament ist die zentrale Einrichtung der Demokratie, und eben keine Quatsch- und Quasselbude. Die Abgeordneten müssen also ihre Rechte wieder lauter einfordern, ob es um Europa oder um Milliardenhilfe für die Banken geht. Die Abgeordneten sind die Gestalter der Demokratie. Der legislativen Macht fehlt es an Selbstbewusstsein.

Führt diese Schwäche der Legislative zu einem autoritären Politikſtil?

Wir erleben zur Zeit eine neue Superexekutive, darin steckt eine Tendenz zum Autoritären. Die Regierung wird im System zu stark und sie erhält von der Öffentlichkeit zu viel Beachtung. Das geht zu Lasten der Parlamente. An dieser Entwicklung trägt auch die Mediendemokratie Schuld. Wir Journalisten lassen den Parlamentariern in unserer Berichterstattung zu wenig Platz. Gleichzeitig beklagen wir, Politik sei langweilig, weil immer nur die gleichen Köpfe auftauchen würden.

JournaliſInnen sind mittlerweile ähnlich unbeliebt wie PolitikerInnen, beide Berufsgruppen werden vielfach als Teil einer Klasse mit gemeinsamen

Interessen betrachtet. Scheitern die Medien daran, die Menschen auf die Probleme ihrer Zeit hinzuweisen?

Journalismus soll den Leuten nicht den Bauch pinseln. Journalisten haben die Aufgabe, die Problemthemen, die sie für gesellschaftlich wichtig halten, den Bürgerinnen und Bürgern so zu vermitteln, dass diese die Probleme auch erkennen können. Das ist die demokratische Aufgabe der Presse. Seit einiger Zeit erleben wir aber eine Zunahme an Personality-Geschichten, was oft vor allem ein Ausdruck journalistischer Bequemlichkeit ist. Flockige Stories schreiben sich leichter als klare Berichte, als aufwändige Analysen oder substanzvolle Leitartikel. Die sind aber unglaublich wichtig für das demokratische System, weil sie den Menschen dabei helfen, Entscheidungen zu fällen. Und Politik besteht immer aus Entscheidungen.

Wie schreibt man einen guten Kommentar?

Idealer macht ein guter Kommentar auch demjenigen Leser Freude, der ganz anderer Meinung ist als der Schreiber. Ein guter Kommentar kittelt und kratzt, er lässt jedenfalls den Leser nicht kalt. Wenn ich an einem Kommentar arbeite, dann versuche ich, mit dem Schreiben erst dann zu beginnen, wenn ich das Thema strukturiert und mir im Kopf zu rechtgelegt habe. Danach geht es fast wie von selbst. Das Jus-Studium bietet für diese Art des Denkens eine gute Schule, vielleicht besser als die Journalismus-Akademie. Und eine der großen juristischen Reden aus dem alten Rom zu lesen, ist ein ähnliches Gefühl wie einen Michelangelo anzuschauen.

Das Gespräch führte Wolfgang Zwander.



Foto: Privat

Zum Winner's Club des „Kleinen“ Glücksspiels zählen die BetreiberInnen, sicher aber nicht die SpielerInnen.

„Kleines“ Spiel groß im Geschäft

Erschreckend viele Menschen werfen ganze Monatsgehälter in Glücksspielautomaten. Das provoziert immer mehr soziale Probleme, doch die Politik kümmert sich nur halbherzig um Lösungen. Gesetzeslücken und Vollzugsstreitigkeiten stehen einem Verbot der Automaten im Weg.

EVA MALTSCHNIG

Es ist ein Bombengeschäft. Der größte österreichische Glücksspielkonzern *Novomatic* versetzt mit seinen Jahresabschlüssen regelmäßig die AktionärInnen in Staunen. Ein Umsatzplus von 19 Prozent und 131 Millionen Euro Profit erwirtschaftete das Gumpoldskirchner Unternehmen im Jahr 2010. Verkauf und Vermietung von Glücksspielautomaten sowie der Betrieb von Glücksspielen machen den Löwenanteil davon aus. Laut eigenen Angaben betreibt *Novomatic* weltweit 165.000 Spielautomaten. Stimmen die Rahmenbedingungen, ist das Geschäft krisensicher. 2009 musste der Konzern zwar einen leichten Umsatzrückgang einstecken, da Russland das Glücksspiel verbot, doch wo die Spielautomaten erlaubt sind, liefern sie regelmäßig hohe Erträge. Das ist kein Wunder, denn 60 Prozent des Umsatzes liefern Spielsüchtige, die aufgrund ihrer Krankheit immer mehr Geld in die Automaten werfen. Und so kümmerte sich der Konzern gut um die Rahmenbedingungen in Österreich: Lobbyismus und großzügiges Sponsoring von Parteien ebneten den Weg zu einem Glücksspielgesetz, mit dem *Novomatic* „zufrieden“ sei.

Wiederbelebt. Als soziales Problem erlebt die Spielsucht eine Renaissance. Sie hängt mit der Liberalisierung des Glücksspielmarktes zusammen. Seit den 1980ern wurde das vormals strikt monopolisierte Geschäft für MarktteilnehmerInnen geöffnet. In Folge dessen stieg das Angebot, die Spielsucht folgte am Fuß. Besonders das Automatenglücksspiel hat Anteil daran.

Ein Beispiel aus Kärnten verdeutlicht das: Während vor 1997 weniger als ein Prozent der PatientInnen der Suchtklinik *De La Tour* an pathologischem Spielverhalten litten, stieg diese Zahl nach der Legalisierung des so genannten kleinen Glücksspiels an. 2005 hielten sie bei 15 Prozent. Die Automaten fördern das Suchtverhalten: Ein Spiel dauert ein oder zwei Sekunden, oft erscheinen Beinahe-Jackpots am Schirm, den SpielerInnen wird vorgegaukelt, sie könnten durch geschicktes Spielverhalten das Ergebnis beeinflussen. Doch am Ende gewinnen die BetreiberInnen, so schreibt es das Gesetz vor: Zwischen 85 und 95 Prozent der Einsätze müssen die Automaten wie-

der ausspucken. Da bleibt für alle restlichen Beteiligten genug übrig: AutomatenherstellerInnen, BetreiberInnen und die öffentliche Hand profitieren.

Letztere hat allerdings einigen Handlungs-spielraum. Das Glücksspiel ist bundesgesetzlich geregelt. In der Frage der Automaten wurde mit dem neuen Glücksspielgesetz von 2010 Regelungskompetenz an die Länder abgegeben. Sie können selbst entscheiden, ob das kleine Glücksspiel im Bundesland legal sein soll oder nicht. Wenn ja, kann eine an der Bevölkerungszahl ermittelte Obergrenze von Automaten aufgestellt werden. Das Land erhebt dafür Gebühren. In Wien werden beispielsweise 1400 Euro pro Automat und Monat kassiert. Diese können entweder als „Einzelaufstellungen“ (maximal drei Automaten pro Lokal, 1 Euro Maximaleinsatz) oder in Automatenalons (bis zu 50 Automaten, 10 Euro Maximaleinsatz) bewilligt werden.

Krankhaftes Automaten-spiel kommt ziemlich teuer. Jene, die den Weg zur Spielsuchtberatung schaffen, sind durchschnittlich mit 40.000 Euro verschuldet. Beschaffungskriminalität, Therapie, Gerichtskosten, SchuldnerInnenberatung, zerrüttete Familien und Arbeitsplatzverlust sind typische „Nebeneffekte“ des Automaten-spiels. Sie kosten Geld, und zwar mehr als der Staat damit einnimmt. Das ist das Ergebnis einer Studie von *Johanneum Research*, die 2009 publiziert wurde. Von der Legalisierung des kleinen Glücksspiels hält das aber kaum ein Bundesland ab. In Wien, der Steiermark, Niederösterreich und Kärnten sind die Automaten bereits erlaubt, der Oberösterreichische Landtag beschloss kürzlich die Legalisierung, auch das Burgenland steht schon in den Startlöchern.

Lücke im Gesetz. Ein Verbot sei unmöglich durchzusetzen, argumentieren die PolitikerInnen häufig. Das würden die vielen illegalen Automaten zeigen, die etwa in Oberösterreich nicht kontrolliert werden konnten. Die Gründe dafür liegen sowohl im Gesetz, als auch im Vollzug desselben. Während 2010 die Glücksspiel-Soko des Finanzministeriums ausdrückte, um illegale Automaten zu konfiszieren, wurde die Beschlagnahme von der jeweils zuständigen Bundespolizeidirektion bereits zweimal aufgehoben. Polizei und Finanz sind sich nicht einig, wie der Vollzug der Gesetze vonstatten gehen soll.

Auch eine Lücke im Gesetz stellt die Politik vor Probleme. So können zwar die Länder entscheiden, ob sie das kleine Glücksspiel legalisieren wollen oder nicht, doch geringfügig andere Spielautomaten – Video Lotterie Terminals (VLT) – können überall in beliebiger Zahl aufgestellt werden. Landesgesetze hin oder her. Sie gelten als Lotteriespiele und sind im Glücksspielgesetz in einem anderen Paragraphen geregelt, haben aber mindestens so verheerende Auswirkungen wie die Landes-Automaten. Denn Höchstesatzgrenzen gibt es bei diesen Geräten nicht. Davon profitieren die Österreichischen Lotterien bzw. ihr Mehrheitseigentümer, die Casinos Austria, da sie die einzige Lizenz für Online-Lotterien besitzen.

Für Christoph Lagemann von der *ARGE Suchtvorbeugung* macht ein Verbot, das nicht durchgesetzt werden kann, wenig Sinn. Denn ein illegaler Markt schaffe noch mehr Probleme. Sein Interessensverband gab eine Studie zum Thema Spielsuchtvorbeugung in Auftrag, die Mitte Mai veröffentlicht wurde. Dort steht schwarz auf weiß: 64.000 ÖsterreicherInnen haben ein Spielsuchtproblem, 60 Prozent der Umsätze im Automaten-glücksspiel kommen von ihnen. Kurzfristig müsse der SpielerInnenschutz ausgebaut und die Prävention verbessert werden. Allerdings sei das Automaten-glücksspiel „eine derart gefährliche Sache, dass langfristig über den Umgang damit noch einmal nachgedacht werden muss“, gibt Lagemann zu bedenken. Ein staatliches Glücksspielmonopol, das die Gewinne der Allgemeinheit zuführt, wäre seiner Meinung nach die vernünftigste Lösung.

In Österreich haben sich besonders die Bundesländer mit ihrer impliziten Zustimmung zum Glücksspielgesetz selbst ein Ei gelegt: Scheinbar können sie das Angebot zwar regeln, aufgrund der VLTs und der Streitigkeiten im Vollzug sitzen sie jedoch am kürzeren Ast. „Durchgerutscht“ sei die VLT-Regelung im Gesetz, hört man aus dem Parlament. Während sich die Politik selbst um ihren Handlungsspielraum bringt, wirft die Bevölkerung Tag für Tag weiter Geld in die Automaten. Doch die Lücken im Gesetz könnte man schließen – es scheitert am mangelnden Willen. ◀

Die Autorin studierte Sozioökonomie in Wien und ist Vize-Chefin der Sektion 8.

Eine Vermögenssteuer würde die breite Masse der HäuselbauerInnen nicht treffen



Vermögenssteuern im HäuselbauerInnenland

Die HäuselbauerInnen sind mächtige ÖsterreicherInnen. Gleich nach dem/der PensionistIn sind sie wohl die zweitbegehrtesten Typen im Land: fleißig, bodenständig, sparsam und bieder. Sie sind die Mitte der Mittelschicht, dort wollen viele hin. Die Politik versucht, sie als StammwählerInnen zurückzugewinnen und zieht dabei alle Register. Ein Thema scheint wie gemacht für die Nation der HäuselbauerInnen: Vermögenssteuern.

EVA MALTSCHNIG

Während sich das konservative Lager in der Diskussion leicht tut, haben die progressiven Kräfte hier ein Problem: Natürlich wolle man nicht jene zur Kasse bitten, die sich mühevoll das Haus zusammengespart haben. Ähnlich wie das Sparsbuch der Oma beim Schenken an die Enkel sei der/die HausbesitzerIn nicht im Visier der Gerechten. Lediglich die Superreichen sollen mittels Vermögenssteuern ein wenig Federn lassen, schließlich finanziere sich so ein Sozialstaat nicht von alleine. Werner Faymanns Millionärssteuer (0,5 Prozent Steuer ab einem Gesamtvermögen von mindestens einer Million Euro) war ein Vorstoß in diese Richtung. Maria Fekters Reaktion darauf war bemerkenswert: „Die SPÖ will Vermögenssteuern ab einer Million Euro: Das trifft jene LeistungsträgerInnen, die das System erhalten. Wir pressen die BesserverdienerInnen wie Zitronen aus.“, erklärte sie in einem *Kurier*-Interview. Dabei wird deutlich: Bei der Frage von Vermögenssteuern geht es nicht um Fakten, sondern um Meinungsmache. Der Arbeiterin, die im Median 725 Euro netto im Monat verdient, wird vorgemacht, MillionärInnen seien in etwa die selben Menschen wie sie. Sie verdienen besser und sind daher besonders wichtige LeistungsträgerInnen, doch sonst gebe es keine Unterschiede. Und deren Stiftungsvermögen müsse genauso vor staatlichen Begehrlichkeiten geschützt werden wie ihre wenigen Spareinlagen.

Meilenweiter Abstand. Wie groß der Unterschied zwischen der Arbeiterin und dem/der MillionärIn ist, zeigt ein Blick in die Verteilungsstatistik. Denn vor einer MillionärInnensteuer müssten sich in Österreich tatsächlich nur sehr wenige fürchten. Aus einer der wenigen österreichischen Befragungen zum Vermögen geht hervor, dass 90 Prozent der Be-

völkerung durchschnittlich 56.000 Euro besitzen. Auch die oberen zwei bis zehn Prozent wären von einer MillionärInnensteuer nicht betroffen, denn sie besitzen in etwa 611.000 Euro. Nur ein Prozent der Bevölkerung kann mit durchschnittlich 5,383.000 Euro mehr als eine Million ihr Eigen nennen. Dabei sind gängige Vermögenssteuervorschläge durchwegs progressiver als die des Kanzlers: Wirtschaftsforscher Stefan Schulmeister schlägt etwa 0,5 Prozent ab 100.000 Euro vor. Selbst, wenn im Gegenzug die Grundsteuer abgeschafft würde, brächte laut seinen Berechnungen diese Vermögenssteuer zusätzlich 2,7 Milliarden Euro pro Jahr ein. Belastet würden hauptsächlich die oberen 10 Prozent.

Der Vergleich macht sicher. In der Vermögenssteuer-Diskussion lohnt sich ein Blick in andere Länder. Die OECD unterteilt vermögensbezogene Steuern in vier Gruppen: Grundsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer, (reine) Vermögenssteuer und Kapitalverkehrssteuern. Wird nun das Steueraufkommen aus diesen Gruppen in Relation zur Gesamtwertschöpfung (BIP) eines Landes gestellt, zeigen sich die Länderspezifika deutlich. Großbritannien führt das Ranking mit über vier Prozent des BIP an. Auch in den USA sind vor allem Grundsteuer-Einnahmen wichtige Stützen für die Finanzierung der Kommunen. Beim Vermögenssteueraufkommen belegt Österreich den viertletzten Platz. Nur in Mexiko, Tschechien und der Slowakei haben Vermögenssteuern noch geringere Bedeutung (siehe Grafik). Der Spielraum nach oben wird noch lange nicht knapp, und folglich kann auch das Argument „Kapitalflucht“ gegen die Vermögenssteuer nicht halten. Denn wohin sollte das Kapital abwandern? In fast allen anderen Ländern zahlen Vermögende mehr Steuern als hierzulande.

Besonders bei der Grundsteuer hinkt Österreich den anderen Ländern hinterher. Das ist kein Wunder, denn die Einheitswerte, an denen sich das Steueraufkommen berechnet, wurden seit 1982

(Grundbesitz) bzw. 1988 (Landwirtschaft) nicht mehr evaluiert. Die Wirtschaftsforscherin Margit Schratzenstaller rechnet mit enormen Mehreinnahmen, würde der Verkehrswert der Liegenschaften besteuert. Selbst bei großzügigen Ausnahmen für Eigenheime und Landwirtschaften und einer Senkung des Steuersatzes von einem auf 0,5 Prozent könnten zusätzliche Einnahmen in Höhe einer Milliarde Euro pro Jahr erreicht werden. Die marktnahe Bewertung sei nicht administrierbar, das werfen Grundsteuer-GegnerInnen regelmäßig ein. Doch ein Blick in die USA zeigt, dass eine zeitgemäße Steueradministration dieser Herausforderung durchaus gewachsen ist. Computergestützte Bewertungsverfahren kombiniert mit der Selbsteinschätzung der BesitzerInnen liefern hier zufriedenstellende Resultate.

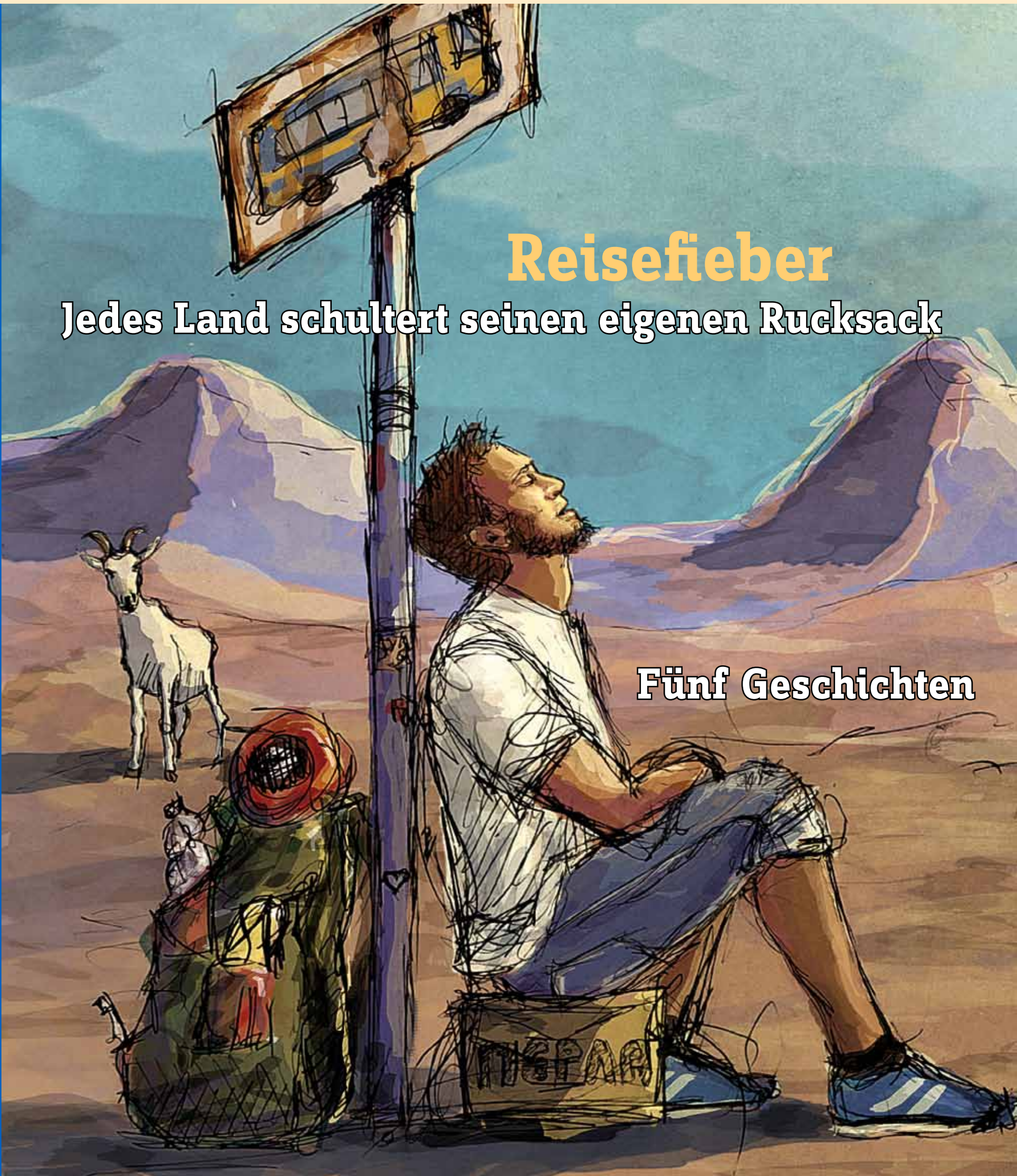
Auch die fehlende Erbschafts- und Schenkungssteuer schlägt sich in Österreich als verminderte Steuereinnahmen zu Buche. Dabei ist diese Form der Vermögensbesteuerung enorm progressiv. Im Jahre 2006 etwa machten die vier größten Erbschaften ein Viertel des gesamten Steueraufkommens von etwa 150 Millionen Euro aus. Zum Vergleich: Der selbe Betrag kam durch Studiengebühren in die Staatskassen. Mit der Neubewertung der Einheitswerte, die aufgrund eines Verfassungsgerichtshofs-Urteils notwendig gewesen wäre, hätte sich für die Politik eine große Chance eröffnet. Der damalige Kanzler Gusenbauer ließ sie verstreichen, heute passt diese Steuer nicht einmal mehr ins Programm der SozialdemokratInnen, so scheint es. Dabei übersehen sie eines: Dreht sich die Vermögenssteuer-Debatte weiter um Befindlichkeiten eines bestimmten WählerInnenklientels statt um Fakten, ist die Verteilungsdebatte verloren.

DOSSIER

Reisefieber

Jedes Land schultert seinen eigenen Rucksack

Fünf Geschichten



Spaniens Jugend begehrt auf.

Zwischen Revolution und Resignation

In Spanien probt die Bevölkerung den Aufstand. Die Bewegung 15-M sagt korrupten PolitikerInnen und der Wirtschaftskrise den Kampf an.

ALEXANDER LEHNER

Mit Kochtopf und Suppenlöffel in der Hand schlagen sie Kravall. Dazu der schrille Klang von Trillerpfeifen und vereinzelt Sirenengeheul, das auf Knopfdruck aus dem Megaphon ertönt. An die 50 Studierende marschieren geschlossen über den Campus der *Universidad de Cantabria* und skandieren lautstark: „Alumnos unidos jamás serán vencidos!“ („Geeinte Studierende werden niemals besiegt werden!“). Auf dem Platz vor der Geschichtsfakultät machen sie schließlich Halt, der lärmende Protest verstummt abrupt. Ein Aktivist richtet sein Megaphon auf den Eingang der Fakultät und ruft die Anwesenden zur Teilnahme an ihrer studentischen Versammlung auf. Die Diskussion dreht sich um die Politisierung der lokalen Studierendenvertretung und den Einfluss der Privatwirtschaft auf die universitäre Forschung. Nach eineinhalb Stunden fassen sie einen einstimmigen Beschluss: Es soll von nun an jede Woche eine Versammlung stattfinden. Der institutionalisierte Protest – sieht so die viel beschworene spanische Revolution aus?

Der magische 15. Mai. Die Demonstration der Studierenden am 1. Juni in Santander, der Hauptstadt

der nordspanischen Region Kantabrien, mag an sich wenig spektakulär wirken. Doch handelt es sich dabei um eine von zahllosen Szenen des zivilen Aufbegehrens, die sich derzeit im Königreich Spanien abspielen. Scheinbar spontan und ohne Vorankündigung hat sich eine breite, basisdemokratische Bewegung gebildet: *El Movimiento 15-M* – eine Bewegung fernab der etablierten Parteien und Gewerkschaften, die ihren Ursprung in den landesweiten Massenprotesten vom 15. Mai hat. Unter dem Motto „Toma la calle!“ („Nimm die Straße [ein]!“) gingen an diesem historischen Sonntag zehntausende Menschen in über 50 Städten Spaniens auf die Straße. Mit Parolen wie „Wir sind keine Waren in Händen von Politikern und Bankern!“ brachten sie ihre Wut und Empörung über die Wirtschaftskrise und das korrupte politische System zum Ausdruck.

Vom Internet auf die Straße. Wie so viele moderne Aufstände des 21. Jahrhunderts nahm auch die spanische Protestwelle ihren Ausgang im Internet, dem zeitgemäßen Instrument rebellischer BürgerInnen. Es war die Online-Plattform *Democracia Real Ya* („Echte Demokratie Jetzt“), welche zu den landesweiten Demonstrationen vom 15. Mai aufgerufen hat. Ein Kollektiv von nach

Veränderung durstenden, jungen Leuten, das sich erst Ende März formell gegründet hatte. Mit der Zeit schlossen sich über vierhundert weitere Initiativen der Plattform an, von lokalen Protest-Gruppen und Nachbarschaftshilfen bis hin zu großen NGOs wie der globalisierungskritischen ATTAC. Über die sozialen Online-Netzwerke mobilisierten sie die Zivilbevölkerung und koordinierten den Ablauf der Demonstrationen.

Durch die Medien geistert das Phantom der *Generación ni-ni*, der Generation Weder-Noch. Jugendliche, die weder arbeiten noch studieren, häufig noch bei ihren Eltern wohnen und keine Pläne für ihre Zukunft schmieden. Eine Jugend ohne Perspektiven? Die Jugendarbeitslosigkeit schnallte in der Krise auf 45 Prozent hoch, mehr als das Doppelte des EU-Durchschnitts. Selbst gut ausgebildete Uni-AbsolventInnen finden oft keine Arbeit nach dem Abschluss oder finden sich in prekären Arbeitsverhältnissen wieder, die wenig mit ihrem Studium gemein haben. Da bleibt vielen nur die Flucht ins Ausland. Die 24-jährige Ruth Murga Boada aus Torrelavega ist eine von ihnen. Nach dem Abschluss ihres BWL-Studiums fand sie in Spanien keine Arbeit, also ging sie spontan als Au-pair nach Dublin, um ihr Englisch aufzubessern. Sie sieht jedoch in der Krise auch eine Chance, da die Mehrheit der Jugendlichen bei ihrer Rückkehr aus dem Ausland „eine globalere Sichtweise, Sprachkenntnisse und internationale Erfahrung“ mitbringen würden.

¡Viva la revolución! Die bestehenden Probleme lösen sich zwar angesichts der Proteste der *indignados* („Empörte“) nicht in Luft auf. Doch hat es die Bewegung 15-M geschafft, die bis vor kurzem noch in-

differente, ohnmächtige Zivilbevölkerung wachzurütteln – wohl auch dank des klug gewählten Protesttermins eine Woche vor den spanischen Regional- und Kommunalwahlen am 22. Mai, die mit einer vernichtenden Niederlage für die regierenden SozialistInnen unter José Luis Rodríguez Zapatero endeten.

Die Bevölkerung lechzt nach demokratischer Erneuerung. Eines der konkreten Ziele der Bewegung ist daher eine Reform des minderheitenfeindlichen Wahlgesetzes. Darüber hinaus gibt es eine lange Liste an Vorschlägen und Forderungen, die von Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise und politische Korruption bis zur Abschaffung der Monarchie reichen. Einen nationalen Konsens über konkrete Ziele gibt es aber nicht, was wohl in der Natur der Proteste selbst liegt. „Die Bewegung ist sehr heterogen und dezentralisiert. Es gibt einen konstanten Strom an Ideen, so dass es oft schwierig ist, sich zu einigen“, erzählt der 40-jährige Straßenkünstler David, der sich in seiner Heimatstadt Santander am lokalen Protestcamp beteiligt. Ein Mix aus Bazar, Zeltlager und griechischer Agora: Die Versammlungen stehen allen offen, es gibt keine Hierarchien, jeder kommt zu Wort. Entscheidungen werden einstimmig gefällt, oder gar nicht.

Zuletzt überschatteten Konflikte zwischen einzelnen Fraktionen die Arbeit der Bewegung 15-M. Die spanische Revolution entwickelt sich weiter. Ein Ende ist nicht absehbar. Der 21-jährige Geschichtestudent Txema Wabajas zeigt sich optimistisch: „Die Krise kann uns nicht die Lebensfreude und den Tatendrang rauben.“

Der Autor studierte Journalismus in Wien und verbrachte die vergangenen zwei Semester im Rahmen des Erasmus-Programms in Spanien.



Foto: Lehner

KOMMENTAR DER REDAKTION

Sommerzeit ist Reisezeit: Auf die folgenden Seiten haben wir Geschichten gestellt, die Einblick geben in Konfliktstellen fünf verschiedener Staaten: Ein Bericht aus Spanien über die große Protestwelle der Jugend, eine Reportage über einen Vergewaltigungsfall inmitten der ägyptischen Revolution, ein Text über das NGO-Unwesen in Kambodscha, ein Gespräch über Sinn und Unsinn von Entwicklungshilfe und eine Geschichte über den Multi-Kulti-Schmelztopf Malaysien. Wir wünschen viele anregende Gedanken bei der Lektüre. <

Das Geschäft mit der Hilfe

Nur wenige Staaten haben so viele NGOs im Land wie Kambodscha, das weitgehend von ausländischen Geldern abhängig ist. Doch oft erfolgt die Hilfe vor allem aus Eigennutz.

EVA PILIPP

Angka“ heißt NGO auf Khmer, der kambodschanischen Landessprache. Im 14-Millionen-Einwohnerland kennt dieses Wort jeder und jede, denn ohne Nichtregierungsorganisationen, Vereinte Nationen, private SpenderInnen und Stiftungen würde hier vieles nicht funktionieren: Schulen, Waisenhäuser, Aids-Stationen, Entminungcenter, Krankenhäuser – ein Großteil der humanitären Infrastruktur würde ohne ausländisches Geld zusammenbrechen. Kambodscha ist neben Bangladesch eines der ärmsten Länder Asiens; FabrikarbeiterInnen verdienen 50 Dollar im Monat, ÄrztInnen müssen mit einem Gehalt von 150 Dollar auskommen. Gestiegene Miet- und Lebensmittelpreise im vorwiegend von Reisbauern und -bäuerinnen bewohnten Land erschweren die finanzielle Not der Bevölkerung. Ohne ausländische Hilfsprojekte ist Bildung vor allem für Mädchen oft nicht denkbar. Das Geld wird überall gebraucht – von der *Grassroot NGO*, die auf Spenden aus den USA angewiesen ist, um lokale Projekte zu finanzieren, bis zu Organisationen wie der UNHCR, die großflächig finanzielle Unterstützung von westlichen Industrieländern bekommt.

Fluch der Ressourcen. Trotz der hohen Dichte an NGOs und internationalen Geldern, schreitet die menschenrechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes nur langsam voran. Zu langsam, meinen viele. In der kritischen NGO-Szene wurden längst Stimmen laut, die den Geberländern wirtschaftliche, strategische oder auch politische Ziele nachsagen, welche durch den Geldfluss zementiert werden. Kambodscha ist rohstoffreich: Das Land besitzt vor allem Kautschuk, Öl, Edelsteine und Goldvorkommen. Zwischen China und den USA, sagen KritikerInnen, sei daher eine Art Kampf um den Einfluss im kleinen tropischen Königreich entbrannt.

Die Ressourcenfrage lässt sich hervorragend hinter „Community-orientierten“ Kleinprojekten verstecken. Hat ein Konzern – etwa durch ein Bildungsprojekt – erst einmal in einer Community Fuß gefasst, fällt es leichter, über das Vertrauen der lokalen Bevölkerung an Informationen oder Grabungserlaubnisse zu kommen.

Hat sich Kambodscha zum „Playground“ der internationalen Hilfe entwickelt? Werden im Land beliebige Hilfsprojekte von beliebigen AkteurInnen durchgeführt, die sich nicht an Kri-

terien der Nachhaltigkeit und Transparenz orientieren, sondern allein auf die ökonomische Komponente setzen? Unabhängig von der Ressourcenfrage und den wirtschaftlichen Interessen spielt auch moralischer Lobbyismus – gesteigert vor allem unter der Bush Junior Administration – eine Rolle im NGO- und Projektfeld Kambodschas. Während Bushs Amtszeit hat die *US-Development Agency* (USAID) eine verschärfte Antiprostitutionslinie begonnen. Auf Druck der US-Administration ist Prostitution in Kambodscha seit 2008 illegal. „Seitdem werden SexarbeiterInnen als Kriminelle behandelt, ohne Schutz in die Illegalität gedrängt und von der Polizei willkürlich geschlagen oder missbraucht“, sagt Pisey von *Social Action for Change*, einem *Grassroot*-Netzwerk in Phnom Penh, das über die prekären Lebenssituationen von FabrikarbeiterInnen, FarmerInnen und SexarbeiterInnen aufklärt und diese in schwierigen Situationen berät. Er erzählt weiter: „Kleine NGOs und Privatpersonen tun alles, um an Spendengelder zu kommen, ohne die sie lokale Projekte nicht umsetzen können. Bei dem Run auf die Gelder werden die Prinzipien der eigenen Organisation dann oft vergessen.“

Im Namen der Demokratie? Dass Spendengelder prinzipiell an ethische Vorgaben geknüpft sind, macht mit Blick auf Demokratie- und Rechtsstaatlichkeit natürlich Sinn. Dabei schwimmt aber gerade bei Themen wie Homosexualität, Abtreibung und Prostitution die Grenze, weil „Moral“ diesbezüglich sehr einschlägig ausgelegt werden kann. Von den wirtschaftlichen und sicherheitsstrategischen Interessen mancher ausländischer Konzerne und Organisationen abgesehen, stellen sich konservative moralische Anliegen aus den USA (ein großer Anteil aller nach Kambodscha fließenden Spenden- und Projektgelder

kommt aus den USA) einer unabhängigen, neutralen NGO- und *Grassroot*-Landschaft entgegen. Vor allem kleine, nicht-urbane Projekte suchen oft verzweifelt nach Geldern, die im Land selbst nicht zu bekommen sind. Der Schritt, moralische und politische Überzeugungen hintanzustellen, scheint dabei schnell naheliegend.

Ein weiteres Problem im „Aid-Business“ ist das Abhängigkeitsgefühl. „Communities gewöhnen sich an die konstant bleibenden Spendengelder, ohne Eigeninitiativen zu entwickeln. Abhängigkeit wird somit zu einer Endlosschleife“, sagt Nita, eine 23-jährige Soziologie-Studentin aus der Provinz Battambang. Ihre Familie kann ihr das Studium in der Hauptstadt ermöglichen, eine Ausnahme in Kambodscha.

Trotz berechtigter Kritik dürfen jedoch die positiven Auswirkungen vieler Projekte und der Arbeit der UN-Organisationen nicht unterschätzt werden. Ohne dieses grundlegende Engagement in den Bereichen Gesundheit, Flüchtlingsarbeit und Bildung wäre die Zahl der KambodschanerInnen, die unter der Armutsgrenze leben, deutlich höher. Gegen Menschenrechtsverletzungen, wie Diskriminierungen von Frauen, Flüchtlingen und ethnischen Minderheiten, könnte weniger unternommen werden. Es bleibt zu hoffen, dass das kleine südostasiatische Land nicht wie zu Zeiten des Kalten Krieges zwischen die Fronten zweier Weltanschauungen oder divergierender Wirtschaftsinteressen gerät. Das Recht auf Entwicklung gilt als dritte Dimension der Menschenrechte. Mehr als 20 Jahre nach dem Bürgerkrieg sollte für Kambodscha langsam aber sicher die Zeit kommen, diesen Weg ohne ausländische Interventionen zu gehen.

Die Autorin studierte Journalismus und Politikwissenschaft in Wien.

Lenkt das Aid-Business Kambodscha in die richtige Richtung?



Foto: Ladstädter



Das Militär in Ägypten ist mächtiger als je zuvor.

Foto: Salam

Kein Land für Frauen

Ein Vergewaltigungsfall zeigt, das postrevolutionäre Ägypten ist ein Land, das bei Null beginnen muss und dessen erfolgreicher Aufstand sich aufzufressen droht. Eine Reportage.

NIKE SALAM

Auf dem Weg von Kairo zu den Gaza-Protesten am ägyptischen Grenzort Rafah wird Lisa an einem Militärcheckpoint gestoppt. „Aussteigen, Gepäck ausladen, Pass herzeigen“, sagt der Soldat. Als einzige Ausländerin muss sie das Sammeltaxi verlassen. Ihre ägyptischen MitfahrerInnen werden weitergeschickt, verschwinden in der Dunkelheit. Die Fahrt endet für Lisa hier, an einem der unzähligen Checkpoints der Sinaihalbinsel nahe der Stadt Al-Arish. Sie endet mit einer Vergewaltigung durch einen ägyptischen Soldaten. Dann beginnt eine Odyssee durch die ägyptischen Institutionen.

30 Soldaten am Checkpoint wollen Lisas Schreie nicht gehört haben. Auch sie sind nur Produkte einer Männergesellschaft, die ausländische Frauen auf den Straßen gerne als billiges Fleisch, als Dollarscheine und Visas auf zwei Beinen wahrnimmt.

Vergewaltigung ist kein singuläres Ereignis in Ägypten. Die Tat und die Art ihrer Aufarbeitung durch die Behörden zeigt das Unvermögen mit Vergewaltigungsfällen umzugehen offen auf. Und es hinterlässt einen schalen Beigeschmack. Wäre Lisa nicht die Tochter eines sehr einflussreichen britischen Ex-Diplomaten mit Naheverhältnis zu El-Baradei gewesen – wer weiß, ob die britische Botschaft dann reagiert hätte, ob sich die ägyptischen Behörden überhaupt dem Fall gewidmet hätten.

„Sie haben gerochen, welchen potentiellen Skandal diese Geschichte in sich birgt. Deswegen haben sie gehandelt. Aber eben so wie sie es gewohnt sind: Untransparent und für andere nicht nachvollziehbar,“ ist sich Heba von *Human Rights Watch*, Expertin für Militärfolter in Ägypten sicher.

Sexuelle Belästigung. Einer Studie des ägyptischen Zentrums für Frauenrechte zufolge geben 98 Prozent der Ausländerinnen in Ägypten und 83 Prozent der Ägypterinnen an, regelmäßig sexuell belästigt zu werden. Und Vergewaltigung? „Nein, darüber reden wir nicht“, versichern die meisten Ägypterinnen. Um sozialer Ächtung zu entgehen, wird meist geschwiegen. Natürlich standen Vergewaltigungen bei den Beamten der ägyptischen Staatssicherheit genauso wie andere Foltermethoden an der Tagesordnung. Aber geredet haben die wenigsten Opfer und offizielle Vergewaltigungsstatistiken gibt es keine.

Über 90 Prozent der ägyptischen Mädchen werden laut *Amnesty International* beschnitten. Religion spielt dabei keine Rolle. Christinnen und Musliminnen sind gleichermaßen betroffen. Das Thema bleibt tabu, offiziell ist der Eingriff verboten. Es geht darum, die sexuelle Lust der Frauen zu zügeln. Gerechtfertigt wird diese Praxis von manchen auch als Schönheitsoperation. Nein, Ägypten ist kein Land für Frauen.

Wehmütig denkt Amani al Tunsji, die junge Radiomacherin und Buchautorin an jene Ausnahmeetage am Tahrir Platz – zu deutsch Freiheitsplatz – zurück. „Das war das Ägypten, das ich mir immer gewünscht habe. Da gab es keine Männer und Frauen, keine Christen und keine Muslime. Es gab nur ÄgypterInnen.“ Damals gab es Hoffnung, doch die ist längst verfliegen. „Es ist so als würden wir wieder von Null anfangen“, gibt sich Amani enttäuscht.

Im Verhör. Den Anforderungen des riesigen Transformationsprozesses scheint niemand gerecht zu werden. Das Militär spielt die Rolle des Schiedsrichters im Transformationsprozess. Transparenz ist für den hierarchisch in sich gekehrten Militärapparat ein Fremdwort. Und

Frauen? Mit dem weiblichen Geschlecht haben sie wenig zu tun. Sogar der Tee in den Kasernen wird mit testosteronsenkenden Mitteln versetzt. Nein, das Militär kennt keine Frauen. Eine Irrfahrt durch die wirren Strukturen eines Landes, das zwischen Schock über die Ereignisse der Instantrevolution und Angst über die Zukunft des Landes in einer paranoiden Normalität erstarrt, beginnt für uns drei: Lisa, Sarah und mich.

Zurück in Kairo stehen wir mit Lisas Freund Sherif, einem Ex-Mitarbeiter des staatlichen Fernsehens, um zehn Uhr abends vor einem massiven Schreibtisch hinter den mächtigen Mauern des Polizeipalastes, dem Hauptquartier der ägyptischen Touristenpolizei, deren Mitarbeiter meist kein Englisch sprechen. Hinter dem Schreibtisch wölbt sich der Bauch des großen Tareks weit über das Stuhllende hinaus. Neben dem Schreibtisch sitzt der kleine Tarek, so wird er vom großen Tarek genannt, auf einem Hocker. Der Raum füllt sich nach und nach mit Männern, ausschließlich Männern, in einem Vergewaltigungsfall.

Da gibt es einen, der Tee kocht, einen anderen, der Süßes bringt, einen, dritten der den Boden um unsere Füße schrubbt. Der große Tarek ist ständig an mindestens einem, zuweilen zwei Telefonen. An einem Hörer die Polizeikommandos vor der israelischen Botschaft, die den Demonstranten gerade eine ordentliche Tracht Prügel verpassen. Am anderen seine Bataillone in der südlichen Stadt Qena, denen er befiehlt endlich für Ruhe zu sorgen und die Aufständischen niederzuschlagen. Dazwischen gibt er lauthals Kommandos, die immer anderen Leuten im Raum gel-

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶

ten, beruhigt Lisa mit bedrohlicher Stimme auf arabisch und jagt fluchend Fliegen mit einer verdrehten Klatsche.

Im Militärgericht. Die Möglichkeit, selbst einen Report zu verfassen, bekommt Lisa nicht, ständig wird sie angeherrscht, weitere intime Details vor allen Männern preiszugeben. Um Mitternacht erscheint ein Übersetzer, zumindest wird er als solcher vorgestellt, und verschwindet gleich wieder mit den Pässen. Er erscheint wieder zu einer Befragung von Lisa, Sarah und mir – den drei westlichen Frauen, die keine Ahnung haben, auf was sie sich da eingelassen haben. Bald wird eines klar: Der Übersetzer ohne Na-

Hani – so hat sich der Militärdetektiv bei uns vorgestellt – bittet uns nach unten. Wir sollen mitkommen, nachdem der Täter ein Soldat des Militärs sei, müsse sich das Militär jetzt darum kümmern. Es ist zwei Uhr in der Früh, nach einer Fahrt quer durch die charmante Drecksstadt Kairo schließen sich die schweren Eisentore mit der Aufschrift Mahkama Al-Askaria, „Militärgericht“, hinter uns.

Mehr als 10.000 ZivilistInnen sollen in den vergangenen Monaten durch Militärgerichte angeklagt worden sein. Das schlägt selbst alle Rekorde Mubaraks. Wer das Militär kritisiert, bekommt Probleme. Unterdessen können Mubarak, seine Söhne und die Angeklagten der alten Wirt-

sprechen, wiederzukommen, öffnen sich die eisernen Tore.

Der Täter ist gefasst. In der darauf folgenden Nacht schreibt Lisa ihren Report. Militärdetektiv Hani wacht über die Übersetzung, gibt mir genaue Anweisungen, was wie übersetzt werden muss. Was wichtig ist, was nicht. Wieder ist die Nacht lang. Doch immer mehr wird durch Hanis Anweisungen klar, dass der Report nur mehr eine Proforma-Angelegenheit ist, um die europäischen Gemüter zu besänftigen. Der Täter ist längst gefasst.

Am nächsten Morgen, knapp vor Lisas Rückflug nach London, folgt eine Vorladung beim Hauptquartier für Militärinvestigationen. Der



Wird das neue Ägypten eine Verbesserung für die Frauen bringen?

Foto: Salam

men ist kein Übersetzer, sondern ein Mitarbeiter des ägyptischen Sicherheitsapparats. Offiziell gibt es diesen gar nicht mehr. Vor der Revolution war es die gefürchtete Staatssicherheit, heute hat sich die Institution umgetauft. Jetzt heißt sie Nationalsicherheit. Nach der Revolution ist in Ägypten vor der Revolution. Vorher wussten die ÄgypterInnen zumindest, vor wem sie sich fürchten mussten.

Wieder öffnet sich die Tür, ein Abgesandter des Militärs erscheint. Somit ist die alte heilige Dreifaltigkeit komplett. Polizei, Ex-Staatssicherheit und Militär haben sich in einem Zimmer eingefunden, um – wie der große Tarek zusammenfasst – „eine wichtige Angelegenheit gleich mit den richtigen, wichtigen Ansprechpartnern zu klären.“

schafts-oligarchie und Politikergarde mit zivilen Verfahren rechnen und haben Anwälte, die ihnen zur Seite stehen. Einstweilen kann sich die Präsidentschaftsclique per W-Lan bequem allerlei Schlemmergerichte der ägyptischen Seite *www.Otlob.com* hinter die Mauern des Tora-Gefängnisses im Süden Kairo ordern lassen. Für den Pöbel bleibt die Guillotine.

Zwei Stunden lang bleiben die Tore des Militärgerichts hinter uns geschlossen. Militärrichter in Pyjamas, müde Soldaten mit Kalashnikovs, Militärdetektive mit Handys bombardieren uns mit Fragen, telefonieren fieberhaft mit den unzähligen Checkpoints am Sinai und lassen uns nicht mehr gehen. Erst als der britische Vizebotschafter kurz vor dem Morgengrauen am Telefon droht und wir ver-

Deal: Kleidung mit Spermaspuren gegen eine Bestätigung der Abgabe, einen vollen Namen und Kontaktdaten unseres Gegenübers.

Fast scheint alles glatt zu gehen. Zum ersten Mal weiß Lisa, wem sie gegenübersteht – dem Chef für Militärinvestigationen. Schon will sie aufstehen und in Richtung Flughafen aufbrechen. Doch wieder wird sie gegen ihren Willen, ohne Vorbereitung und Rückfrage zur Gefangenen einer Situation, aus der sie nicht fliehen kann. Was mit ihm passiert ist, weiß niemand. Seinen Namen kennen wir nicht. „Längst aufgehängt“, so der Tenor im Bekanntenkreis. Sie muss ihn identifizieren: „Bleib sitzen Lisa, dein Vergewaltiger steht vor der Tür.“

Die Autorin studiert Arabistik in Wien.



Rubin: „Es geht um die Vision hinter den Gebäuden.“

Foto: Rubin

„Sie merken, als Europäer tickst du anders“

Gut gemeint ist in der Entwicklungshilfe oft das Gegenteil von gut gemacht. PROGRESS führte ein Gespräch mit dem Architekten und Entwicklungshelfer Elias Rubin.

Elias Rubin ist nicht leicht in Österreich anzutreffen. Der Kärntner lebt und arbeitet die Hälfte des Jahres für den Verein S²Arch (*Social and Sustainable Architecture*) in Südafrika. Der 29-Jährige ist dabei, sein Architekturstudium abzuschließen, unterrichtet aber bereits freiberuflich an Architekturfakultäten in Wien, Laibach und Aachen. Dort leitet er Seminare, bei denen die Studierenden den Bau eines Schulgebäudes, von der Planung über die Finanzierung bis zur Realisierung in einer Township von Johannesburg umsetzen.

PROGRESS: Was bedeutet richtige Entwicklungszusammenarbeit?

ELIAS RUBIN: Am Anfang haben wir kleine Projekte in irgendeiner Township gebaut und sind dann draufgekommen, dass es dort ein filigranes Netz von Fairness gibt. Wenn man jetzt einer Gruppe etwa einen neuen Kindergarten schenkt, kann man damit vielleicht mehr Probleme schaffen, als man damit gut macht. Das ist bei Entwicklungszusammenarbeit generell ein großes Problem. Wenn man Geld in einer homogenen Gesellschaft verteilt, kann man die Auswirkungen nicht immer vorhersehen. Die Konsequenz für uns war, dass wir jetzt einen großen Schulkomplex bauen, der hinter einem Zaun ist. Die Gebäude kann jeder nutzen, sie gehören aber nicht den Bewohnern der Township, sondern haben eine übergeordnete Struktur, die wir verwalten – den Verein *Ithuba Community Center*.

Arbeiten dann auch Leute von vor Ort mit?

Ja genau. Derzeit ist es leider noch Saisonarbeit. Wir bauen zirka drei Mal im Jahr für zwei Monate, also sind sie ein halbes Jahr angestellt.

Eine Kollegin hat mit mir deshalb eine kleine Sub-NGO gegründet: *builtCOLLECTIVE*. Wir setzen uns jetzt eigentlich nur mehr damit auseinander, keine Studierenden zu nehmen, sondern mit diesen Arbeitern gemeinsam so etwas wie eine Baufirma zu gründen, damit sie einmal ohne uns bauen und sich weiterentwickeln können.

Die Zusammenarbeit mit den europäischen Unis soll also beendet werden?

Die werden wahrscheinlich den Standort wechseln. Weil viele Unis partizipieren wollen, beginnen wir an der Wildcoast bei Durban eine zweite Schule zu bauen. Aber das schwierige ist ohnehin nicht ein Schulgebäude zu bauen. Das Wichtige ist, eine Lehrvision zu haben, dass man gute Lehrer hat. Ich vergleiche das immer gern mit einer Bibliothek. Du kannst tausend Bibliotheken bauen, aber die Arbeit einer Bibliothek ist nicht das Gebäude, sondern sicherzustellen, dass gute Bücher zu finden sind.

Was genau meinst du mit Lehrvision?

Man muss alle Lehrer einen. Sie müssen zusammenhalten und daran glauben, einen guten Unterricht zu machen. Bisher machen sie das so wie Beamte bei uns. Die kommen in der Früh eine Viertel Stunde zu spät und zehn Minuten vor dem Pausenklingeln sind die Lehrer als erste weg. Diese gemeinsame Lehrvision zu entwickeln, das dauert in Südafrika sehr lang.

Warum ist das gerade in Südafrika so schwer?

Südafrika hat einfach das Problem, dass es 70 Jahre eine Diktatur war, in der die schwarze Bevölkerung angehalten war, nicht zu denken. Die ist jetzt zwar vorbei, doch es braucht

mehrere Generationen, bis die Leute wieder Eigenverantwortung entwickeln. Und die gängige Mentalität in Südafrika ist die: Wir sind jetzt 70 Jahre unterdrückt worden. Das soll der Staat uns jetzt wieder zurückgeben. Wir warten auf Wiedergutmachung und tun in der Zwischenzeit einmal nichts.

Ich habe mich auch bei *builtCOLLECTIVE* geirrt, als ich gedacht habe, es dauert zwei bis drei Jahre, mit ihnen eine Firma aufzubauen. Man kann zwar sehr schnell eine Gebäudestruktur entwickeln, aber das Bewusstsein zu ändern, ist ein ganz langwieriger Prozess.

Wie lange hat es gedauert, bis du den ersten Frustrationspunkt erreicht hast?

Grundsätzlich ist es nach wie vor so, dass ich in dem Zustand bin, dass ich nach sechs Jahren Südafrika erst verstanden habe, dass ich die Leute nicht verstehe. Am Anfang neigt man dazu, sein eigenes Verständnis in andere Leute hineinzuinterpretieren und dann gibt es immer wieder Missverständnisse. Mit der Zeit muss man akzeptieren: „Die denken ganz anders und haben bei vielem Recht und umgekehrt.“

Gibt es auch Vorbehalte gegen EuropäerInnen?

Nein, sie sind froh, dass die Weißen jetzt in die Township kommen und helfen. Nachtragend sind sie gar nicht.

Also kommt es zu keinen Anfeindungen?

Es gibt Differenzierungen, ob man weißer Südafrikaner ist oder Europäer. Und sie reden zuerst mit dir, bevor sie sich eine Meinung bilden. Sie merken, dass du als Europäer ganz anders tickst als die Leute vor Ort. Wir waren beispielsweise

in einer Dorfkirche in Südafrika. 20 Weiße sind dort empfangen worden – total freundlich. Dann habe ich mir vorgestellt, wie das sein würde, wenn 20 Schwarze in die Dorfkirche in meinem Kärntner Heimatort kommen würden ...

2008 gab es rassistische Konflikte in Townships – nicht gegen Weiße, sondern gegen ZuwandererInnen.

Vor allem gegen Flüchtlinge aus Zimbabwe. Die Xenophobie ist immer wieder Thema. Das Problem ist, dass oftmals soziale Spannungen zwischen den Armen und den ganz Armen entstehen. Auch die Kriminalitätsstatistik, die man kennt – Johannesburg als die gefährlichste Stadt der Welt – bedeutet nicht, dass man als Weißer in Gefahr ist, sondern dass die Ärmsten die noch Ärmern unterdrücken.

Allgemein muss man sagen, dass die Basic Needs wie Essen und Unterkunft in Südafrika gegeben sind. Aber es gibt ein großes Bildungsdefizit.

Geht es für dich noch oft nach Afrika?

Derzeit habe ich ein seltsames Leben. 50 Prozent hier, 50 Prozent da. Ich reise gerne, aber ewig kann man das nicht machen. Sonst wird man irgendwann wurzellos und das ist kein schönes Gefühl.

Und wenn du dich sesshaft machst – wird es Kärnten oder Afrika?

Da bin ich durch den Job flexibel geworden. Wo das sein wird – keine Ahnung. Am liebsten dort, wo man die Palmen im Winter nicht hineinstellen muss.

Das Gespräch führte Maximilian Bauer.

Mehr Informationen:
<http://ithuba.archingakademie.at>
<http://builtcollective.net>

Malaiische Multikulturalität

Malaysien ist der Schmelztegel Südostasiens. Die facettenreiche Widersprüchlichkeit regt zum Nachdenken an.

CHRISTOF BRANDTNER UND KATHARINA SPIELMANN

Kuala Lumpur, das heißt so viel wie schlammige Flussmündung. Zur malaiischen Hauptstadt sagt man deswegen lieber KL. Irgendwie ist die Stadt aber trotzdem ziemlich hässlich: Der Business-Boom, der dem raschen ökonomischen Aufschwung in den 1990ern folgte, manifestierte sich insbesondere in grässlichen Bürotürmen, die ohne nennenswerten Abstand oder Gehsteig inflationär nebeneinander gebaut wurden. Bleiche TouristInnen erkundigen sich danach, wo sie Banana Leaf (Reis auf Bananenblatt) bekommen können. Und irgendwie hält sich der Charme der Konvergenz von Islam und Kapitalismus in Grenzen. Der Taxifahrer erzählt, dass er noch nie Schnee gesehen habe. Wird er angesichts der absurden Einkommensverteilung (Gini-Index: 0,46) wahrscheinlich auch nie, obwohl das durchschnittliche malaiische BIP/Kopf für Südostasien außergewöhnlich hoch ist.

Fünfuhr-Unabhängigkeit. Man darf aber ruhig etwas genauer schauen. In KL trifft man auch Jason. Er ist dort aufgewachsen und spricht trotzdem nicht Malaiisch. „My mother tongue is Mandarin, but I even think and dream in English“, sagt er. Er steht auf schwedische Musik, sieht sich US-amerikanische TV-Serien an und seine FreundInnen sind auch nur teilweise „echte“ MalaiInnen. Da tummeln sich also MalaiInnen, ChinesInnen und InderInnen im wohl buntesten *Melting Pot* der Welt. Wer sich als TouristIn traut, abseits der begangenen Wege zu schlemmen, wird belohnt: indisches Naan zum Frühstück, Laksa-Fischsuppe aus Penang zu Mittag und abends ein dezent scharfes Thai-Curry (Lektion: don't eat the chili first). Wahrlich Unbekanntes ist auch auf den belebten Märkten zu erwerben, und die koloniale Vergangenheit ist ebenso allgegenwärtig wie spannend: Am Merdeka Platz weht seit 1957 die Fahne der unabhängigen Monarchie Malaysia am höchsten Fahnenmasten der Welt. Gegenüber, auf der anderen Seite des Cricket-Platzes, dürfen im britischen Selangor-Club noch immer ausschließlich Mitglieder den Fünfuhr-Tee schlürfen.

Die noblen BritInnen mochten KL ob der Hitze auch früher schon nicht, weswegen sie sich in kühlere Gefilde flüchteten, etwa in die grünen Teeplantagen in den Cameron Highlands. TouristInnen stehen heutzutage auch noch der älteste Regenwald der Welt, der Taman Negara, oder die Sandstrände vor den Küsten Westmalaysiens als Alternativen zum Großstadtgeflüster offen. Dort vergeht einem trotz Natur manchmal die Begeisterung.

Antikapitalistischer Weltschmerz. Die Besichtigung von Dörfern der nativen Orang Asli („Don't worry, just take pictures – they are used to it.“) erinnert an Menschensafari und irritiert. Die leicht begehbaren Pfade des Taman Negara eignen sich mehr für soziale Fallstudien von wohlhabenden WestlerInnen als zur Beobachtung der tausende Jahre alten Bäume, die sich angesichts eines Durchmessers von mehreren Metern nur mehr im Team umarmen lassen. Die ehemals idyllischen Perhentian Islands sind abends ein einziges Saufgelage für BackpackerInnen, deren Müll die bis zu zwei Meter langen Bindenwarane anzieht. Bevor man vor den Malariamücken in den nächsten undichten Bungalow flüchten muss, erzählt einem der Tauchlehrer noch, dass ihm seine eigene Insel immer fremder wird, während die Natur um ihn herum sukzessive zerstört wird. Das Reisetagebuch wird eigentlich nur deshalb doppelt so dick, weil es permanent Opfer des Monsuns wird.

Statt sich in antikapitalistischem Weltschmerz zu üben, wenn einem dann auf einer Insel auch noch das Geld ausgeht, reicht allerdings meistens ein kurzer Spaziergang durch den nächsten Mini-Dschungel abseits der Partystrände, um sich von der wahrhaftigen Schönheit Malaysiens überzeugen zu können: Einsame Sandstrände gibt es nach wie vor viele. Das Muster auf den Panzern der unter der Wasseroberfläche schwimmenden Schildkröten lässt die Ornamente in den prächtigen Moscheen der Städte arm aussehen. Und wer im Taman Negara die Klappe hält, hört das Rascheln der Termitenhorden, die umgefallene Bäume zerlegen, und das tummeln der exotischen Tiere, die dem Auge meist verborgen bleiben.

Bob Marley trifft Muezzin. Man lernt: Wie man reist, so erlebt man. Bei einem (Field)Roadtrip im türlosen Schulbus sieht man vorne im Busse nur die Kopftücher der Mädchen und hinten nur die Haarbüschel der Burschen. In einem der zahlreichen touristischen Polstersessel-VIP-Bus nicht. Im *Starbucks* schlürft man Frappuccino. In der indischen Absteige nebenan kostet das köstliche Nationalgetränk, Teh Tarik, nicht nur ein Fünftel, sondern der Geschmack von einem dazu servierten Roti Chanai, eine mit Curry servierte Flade, bleibt einem für immer im Gedächtnis. Manchmal macht es abseits der klassischen Touri-Pfade auch weniger Spaß. Wenn man in einem abgelegenen, streng muslimischen Dorf, in dem weder TouristInnen im Allgemeinen noch kopftuchlose Touristinnen im Speziellen erwünscht sind, alleiniger Gast bei Awi ist, zum Beispiel. Der Hippie Awi, Besitzer einer heruntergekommenen Schiffswerft in Terengganu, hat in den 1970ern ein Holzgestell auf einen stehenden Fluss



Foto: Privat

gebaut, jetzt hat er ein Hostel daraus gemacht. In einer Gegend, in der die muslimische Partei mit absoluter Mehrheit kurz die Scharia eingeführt hatte. Bob Marley trifft Muezzin. Aber selbst das erweitert den Horizont.

Zusammenleben. Wenn man sich dann an der Grenze zum westlich geprägten Singapur, dem von Malaysia umgebenen Stadtstaat, für ein paar Ringgit Bestechungsgeld in einen überfüllten Bus quetscht, ahnt man erst das Ausmaß der Widersprüchlichkeit auf der Halbinsel. Mit solchen Bussen überqueren täglich tausende ArbeiterInnen die Grenze zu Singapur, weil das Lohnniveau dort doppelt so hoch ist, wie ein paar Kilometer weiter in Johor Bahru. Und weil in Singapur auch kein Kaugummi auf der Straße klebt und in der U-Bahn das Essen stinkender malaiischer Früchte (Durians) verboten ist. Dass Singapur mehr Mosaik als Schmelztegel ist, fällt einem auf, wenn die HostelbesitzerInnen noch vor einem Abstecher nach Little India warnen, weil „there are Indians. Real Indians“. Genau das ist der Zeitpunkt, an dem man tief beeindruckt an das tolerante Zusammenleben im vielfältigen Malaysia zurückdenkt. Und an dem man sich gleichzeitig für die weit verbreitete Engstirnigkeit zuhause in Europa endgültig in den Boden schämt.

Katharina Spielmann studiert Psychologie in Wien. Christof Brandtner studiert Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Wien.

lettre.de



Max Gräter, Umarmung, LI81 www.grueter.com

Zeitschrift für Weltenbürger

 **Lettre**
INTERNATIONAL

Feuilleton



THANKS FOR
CLEANING...

Mangos schmecken exotischer als Äpfel

Ein Kommentar von Stephan Zuser.

Vor gut 40 Jahren, es war ein Julitag Ende der 1960er, blickten die ersten Menschen vom Mond auf die Erde. Was mögen die US-Astronauten bei diesem Anblick wohl gedacht haben? Ein Raumfahrer der Gegenwart, der kürzlich zurück auf die Erde gekommen ist, drückte die Gefühle, die er beim kosmischen Blick auf unseren Planeten erlebt hatte, mit einem Wort aus: Demut.

Es ist das richtige Wort, um zu beschreiben, woran es uns ErdbewohnerInnen heute fehlt. Wäre es anders, wie könnten wir es zulassen, dass der Lebensraum auf unserer blauen Kugel langsam aber sicher zugrunde geht? Während sich die Bagger gierig in unser einzigartiges Ökosystem fressen, blasen Fabrikschlote weltweit Rekord-CO₂-Emissionen in unsere Atemluft. Laut einer Bilanz der *Internationalen Energieagentur* (IEA) stieg der Kohlendioxid-Ausstoß im Jahr 2010 um 1,6 Gigatonnen. Es handelt sich um den bisher höchsten Anstieg seit Beginn der Messungen. Trotz dieser Horrorzahlen ist das Thema nicht mehr ganz oben auf unserer medialen Aufmerksamkeitsliste. Kein Wunder, könnte man sagen, angesichts der Kernschmelze von Fukushima und der arabischen Revolution vor der Haustür Europas. Aber, und das ist der entscheidende Punkt, auch wenn wir diese uns alle bedrohende Gefahr aus dem Bewusstsein verdrängt ha-

ben, so bedroht unser egoistisches Verhalten trotzdem alle kommenden Generationen.

Das Problem mit dem Umweltschutz ist so komplex, weil die Lösung schwierig ist: Es fehlen der Wille zu einem radikalen Paradigmenwechsel und ein globaler Rechtsrahmen. Einerseits wäre Aktivität das Gebot der Stunde, andererseits muss sich die Aktivität paradoxerweise gerade durch Zurückhaltung und Verzicht ausdrücken. Ein großer Teil der Menschheit, vor allem in den Industriestaaten, ist nicht mehr daran gewöhnt, zu eifrig folgen wir den Regeln unserer Konsumreligion. Mangos schmecken exotischer als Äpfel, Teakholz morscht weniger als Buche, das Auto ist selbst in der Großstadt die heilige Kuh.

Einer der beiden US-Astronauten hat bei der Landung auf dem Mond gesagt, sein erster Schritt aus dem Raumschiff sei ein kleiner für ihn, aber ein großer für die Menschheit. Beim Umweltschutz verhält es sich zurzeit ganz ähnlich: Aus vielen kleinen Schritten muss ein großer Sprung für die Menschheit werden. ◀

Der Autor studierte Jus in Graz.

KURZMELDUNGEN

Gemeinwohl entwickeln. Die nächste Entwicklungstagung findet von Fr., 14. bis So., 16. Oktober 2011 in Krems statt. Die Tagung wird sich dem Themenfeld „Staat und Entwicklung“ widmen. Seit 2001 hat das *Paulo Freire Zentrum* bereits vier Mal die Österreichische Entwicklungstagung realisiert. In der Zwischenzeit wurde sie zu einem Fixpunkt im österreichweiten Dialog über Entwicklungsfragen: Es geht darum, dem Nachdenken über Grundfragen von Entwicklung und Politik einen angemessenen Raum zu bieten.

www.entwicklungstagung.at

Beats, Beats, Beats. Mit seinem beeindruckenden Aufstieg, der in den vergangenen Jahren nicht nur Europa, sondern vor allem auch Asien und derzeit die USA begeistert, hat sich Parovoz Stelar seinen Platz an der Spitze der internationalen Elektronik-Produzenten erkämpft. Nach langer Abstinenz kommt der Oberösterreicher jetzt auch wieder nach Wien und dann gleich in die neue Trend-Location *Rinderhalle Neu Marx*. Das Line-Up kann sich sehen lassen: Unter anderem mit *Gramophondzie*, Alexander Ryba, und vielen mehr.

Infos unter: wien-ticket.at

Kost-Nix. Kost-Nix-Läden gibt es mittlerweile in Wien, Innsbruck und Graz. Die teilweise unterschiedlichen Philosophien der einzelnen Läden haben gemein, dass sie sich gegen Konsumzwang und -wahn aussprechen und aktiv dagegen arbeiten. Wer an dieser alternativen Form des Konsums teilhaben möchte, schaut am besten in einem der Läden vorbei. So kann etwa das mitgebrachte Geschirr einfach nur dortgelassen werden oder aber ein Paar Schuhe ohne Gegenwert mitgenommen werden. Für nähere Infos einfach auf die Webseite klicken:

www.umsonstladen.at

Andreas Gelz und Heinz Ickstadt
im Gespräch über die Macht des
Realismus.



Foto: Pranti

Literatur schafft eine neue Wirklichkeit

Andreas Gelz, Professor für Romanische Literaturwissenschaft an der Universität Freiburg, und Heinz Ickstadt, Professor emeritus für Amerikanische Literatur an der Freien Universität Berlin, sprechen darüber, wie literarischer Realismus den Alltag verändern kann.

PROGRESS: Sie beschäftigen sich mit *Realismus in der Erzählliteratur*. Wie viel Kraft hat der Realismus über die Literatur hinaus?

GELZ: Dass realistische Literatur eine solche Kraft besitzt, kann man an den zum Teil heftigen Reaktionen in der Gesellschaft erkennen, die realistische Texte immer wieder hervorgerufen haben. Gegen zahlreiche Autoren hat man im 19. Jahrhundert Prozesse wegen Untergrabung der moralischen Grundlagen der Gesellschaft angestrengt. Das zeigt, dass Texte auch eine politische Wirkung haben.

ICKSTADT: Natürlich sind nicht alle realistischen Texte skandalös, aber der Realismus kann radikal werden, wenn er eine bestehende gesellschaftliche Konvention hinterfragt oder durchbricht.

GELZ: Wenn ein bestimmtes Wirklichkeitsbild zur Ideologie geworden ist, dann kann es der Realismus entweder bestätigen oder hinterfragen. Wirklichkeitsbilder sind immer Konstruktionen, die andere Realitäten ausblenden.

ICKSTADT: Der Realismus hat einen emanzipatorischen Anspruch, wenn er eine Wahrheit für sich reklamiert, die in der Gesellschaft gelehnt wird.

Würden Sie von einem politisch rechten Realismus sprechen, der Bestehendes bestätigt, und von einem linken, der neue Wahrheiten sucht?

GELZ: Diese Sichtweise würde unterstellen, dass ein Autor beim Verfassen eines Werkes eine bestimmte Intention hat. So einfach ist es aber nicht. Nehmen wir das Beispiel Honoré de Balzac. Er bezeichnete sich immer wieder als Monarchisten und konservativen Katholiken. Seine Texte

werden aber als Streitschrift für eine bürgerliche Gesellschaft gelesen.

Was, würden Sie sagen, macht den Kern des Realismus aus?

ICKSTADT: Realismus hat fast immer mit dem Alltag zu tun. Das hängt damit zusammen, dass wir die Wirklichkeit über den Alltag erfahren. Etwa in der Familie oder im Beruf. Abgesehen davon ist aber das Interessante am Realismus, dass seine Spannweite so groß ist. Wenn ich Realist bin, versuche ich einerseits, die Wirklichkeit nicht zu idealisieren. Andererseits gibt es den Realismus als Form einer politisch gewollten Idealisierung. Die bedient sich bis zu einem gewissen Grad der realistischen Darstellungsweise, die die Form des Realen schon längst verlassen hat. Ich denke da zum Beispiel an den sozialistischen Realismus, der das Leben im Realsozialismus verherrlicht hat.

Der Begriff der Wirklichkeit wurde im Zuge der Postmoderne als ideologische Konstruktion dargestellt. Wie geht der Realismus damit um?

GELZ: Gerade das macht doch die Virulenz des Realismus aus, dass sie als mediale oder virtuelle Wirklichkeit paradoxerweise aus dem Blick gerät. Umso wichtiger ist es, sich auf die Suche nach ihr zu machen. Erinnern Sie sich an den Golfkrieg von 1990? Damals hatte man den Eindruck, der Krieg sei ein reines Computerspiel, bis Monate später Bilder der ausgebombten Straßen zirkulierten und Berichte Überlebender auftauchten.

Der französische Philosoph Roland Barthes bezeichnete den Neorealismus als „moralischen Begriff“, der „genau das als Wirklichkeit darstellt, was die

bürgerliche Gesellschaft sich bemüht zu verbergen“. Wie würden Sie das verstehen?

GELZ: Die bürgerliche Gesellschaft versucht, ihre Konstruktion von Wirklichkeit als einen naturhaft gegebenen Zustand darzustellen, nicht mehr als Geschichte. Der Neorealismus will diese „Naturalisierung“ durchbrechen und darauf hinweisen, dass die Dominanz der bürgerlichen Gesellschaft mit bestimmten Konstellationen von Macht zu tun hat.

Würden Sie sagen, dass der Realismus eine bestimmte Aufgabe hat?

ICKSTADT: Wenn man von so etwas wie einer Aufgabe sprechen kann, dann ist es die, Widersprüche und neue Möglichkeiten aufzudecken, die uns nicht bewusst sind. In fast allen Formen der realistischen Darstellung kommt etwas zutage, das gelehnt wird, das hässlich ist, das unterdrückt wird, und so weiter. Die Aufgabe des Realismus ist es, das zu thematisieren.

GELZ: Ich wäre vorsichtig mit dem Wort „Aufgabe“. Was die realistischen Künstler antreibt, ist eine Unzufriedenheit mit der Wirklichkeit, die dazu führt, neue Wirklichkeiten zu erfinden. Das kann dann eine gewisse Dynamik erzeugen, die auf eine Veränderung der bestehenden Wirklichkeit hinausläuft.

Warum stellt sich der Realismus so oft auf die Seite der sozial Schwachen?

ICKSTADT: Das macht er ja nur zum Teil. Aber Sie haben schon recht, ursprünglich ist der Realismus eine Allianz mit denen eingegangen, die bis dahin nicht gesellschaftsfähig oder literarisch darstellbar waren.

GELZ: Ich glaube, das hängt mehr mit ästhetischen als mit politischen

Vorstellungen zusammen. Wenn es darum geht, eine neue Wirklichkeit zu entwerfen, dann kommt man schnell – und vielleicht zwangsläufig – auf die Bilder, die aus der dominanten Konstruktion von Wirklichkeit ausgeblendet sind.

ICKSTADT: Der Schriftsteller Henry James sprach in diesem Zusammenhang von der Freiheit der Künstler. Damit meinte er, der Künstler müsse der Tabuisierung das Tabuisierte entreißen, um in seinem Werk eine neue Wirklichkeit zu erschaffen. Literatur kann das, sie verändert das Denken der Menschen. Die Grenze zwischen dem, was wir gelesen haben, und dem, was wir erlebt haben, die verschwimmt in unserer Erinnerung. So entsteht ein Rückkopplungsprozess von der Wirklichkeit des Künstlers zur Wirklichkeit des Lesers.

GELZ: Die Imagination ist ja das Mittel schlechthin, mit dem die Wirklichkeit verändert oder reformiert werden kann. Das beste Beispiel dafür ist die Liebe. Unser Verständnis von Liebe wird bis heute von literarischen Bildern der Romantik geprägt.

Welche Grenzen sind dem Realismus gesetzt?

ICKSTADT: Der Realismus trägt immer Welthaltigkeit in sich, das begrenzt ihn im Vergleich zur Lyrik. Realisten können nicht so stark experimentieren.

GELZ: Aber weil sich unsere Gesellschaft – im Großen betrachtet – immer verändert, wird der Realismus auch immer wieder eine Renaissance erleben.

Das Gespräch führte Wolfgang Zwander.

Web 3.0 – Das neue Internet?

Das Internet bekommt ein Update. In Zukunft soll es schlauer werden.
Ein Ausblick.

FRANZ WILDING

Als am 6. August 1991 das Internet für eine größere Gruppe von UserInnen freigegeben wurde, sah das „Surfen“ noch ganz anders aus. Es gab nur reine Textseiten (meistens von wissenschaftlichem Inhalt), und von *Facebook* oder *Twitter* gab es noch lange keine Spur. Das Besondere war jedoch, dass diese Seiten über Links miteinander verbunden waren. Im Laufe der Zeit haben sich die Web-Technologien immer weiter entwickelt und mit ihnen die Möglichkeit, das Internet hübscher und dynamischer zu machen.

Nach einigen Jahren haben sich pfiffige JournalistInnen den Begriff *Web 2.0* für das „neue“ Internet überlegt. Da mit dieser Betitelung keine technischen Neuerungen einhergingen, kann der ganze Social-Media-Hype als große Imagekampagne gesehen werden.

2011 – ca. 7 Jahre nachdem das *Web 2.0* ausgerufen wurde – soll das Internet nun ein weiteres Update bekommen. Diesmal spielen aber auch technische Entwicklungen, und das Problem, dass es bald keine IP-Adressen mehr gibt, mit.

Dem Internet gehen die Adressen aus. Mit der Einführung von IP-Adressen der Version 4 (IPv4) wurde es möglich ca. 4,3 Milliarden (2^{32}) Geräte zu adressieren, sprich sie zu verbinden. Was vor 10 Jahren noch locker reichte, wird jetzt, da sich immer mehr Menschen immer mehr Computer oder Smartphones leisten können, allmählich knapp. Die großen Firmen, die ohne Internet kein Geld mehr verdienen würden (*Google*, *Facebook*, *Microsoft* ...), treiben einen neuen Standard voran: IPv6. Einfach gesagt sind das längere IP-Adressen, die theoretisch ca. 340 Sextillionen (2^{128} , oder 340 gefolgt von 36 Nullen) Geräte adressieren können. Das ist mehr, als es Sandkörner auf allen Stränden der Welt gibt.

Mit IPv6 wird aber nicht nur dem Ausgehen der IP-Adressen gegengesteuert, der Standard bringt auch ganz neue Möglichkeiten. Es soll ermöglicht werden, jedes Haushaltsgerät, jede Tageszeitung und jedes Fortbewegungsmittel mit dem *World Wide Web* zu verbinden.

Noch dieses Jahr könnte eine großflächige Umstellung auf den neuen Standard stattfinden. Nahezu alle Betriebssysteme und Computer sind dafür schon lange bereit. Am 8. Juni 2011 fand ein erster großangelegter Test statt, bei dem *Google* und *Yahoo* ihr Service für 24 Stunden umstellten.

Web 3.0. Unter *Web 3.0* versteht man das „Semantische Web“, also jenes Internet, das die Bedeutung von Bild und Text versteht, und nicht nur die Information. Genauso wie *Web 2.0* ist

Web 3.0 ein Modebegriff und kein echter Standard. Er dient dazu, die Zukunft des Internets zu beschreiben, und nicht zur Bezeichnung einer Technologie.

Ein Computer kann grundsätzlich Informationen gut verarbeiten. Teilweise sind auch schlaue und hilfreiche Programme in der Lage, „selbstständig“ zu agieren. So kann ein guter Routenplaner anhand von Straßenkarten die schnellstmögliche Strecke von A nach B finden. Entscheidend ist, dass diese Systeme nur Informationen, aber nicht ihre Bedeutung verarbeiten können. Ein semantisches System versucht, Zusammenhänge zu erkennen, interpretiert die Informationen und

dInnen darüber diskutieren, wer mitfährt, kann anhand dieser Posts ein Muster gebildet werden. Der schlaue Routenplaner kann dann auf Erfahrungswerte zurückgreifen und erkennt in einem Posting, was ein Name, was eine Adresse und was eine Zu- oder Absage ist.

Verbunden mit der Möglichkeit, durch IPv6 nahezu alles miteinander zu verbinden, sind einem semantischen System kaum Grenzen gesetzt. Wenn der komplette Tagesablauf digital aufgezeichnet und verarbeitet wird, können Verhaltensmuster auch abseits von Websites geknüpft werden. Sei es im öffentlichen Verkehr, bei Telefonaten oder Besuchen bei ÄrztInnen.



Foto: Flickr@alles-schlumpf

Steht uns ein neues Internet bevor?

stellt Querverweise dar. Ein semantischer Routenplaner könnte zusätzlich versuchen, anhand von *Facebook*-Posts herauszufinden, wer mitfährt und wie viele Autos gebraucht werden. Das semantische Web kann nicht nur „passende“ Informationen (Adresse A, Adresse B) verarbeiten, sondern auch aus „unpassenden“ (*Facebook*-Post) Relevantes herausfinden.

Web 3.0 ist aber nicht nur Zukunftsmusik. Die *Google*-Suche kann bereits jetzt als semantisch eingestuft werden. Userdaten werden gesammelt, Profile angelegt und miteinander verknüpft.

Denkende Computer? Auch wenn sich *Web 3.0* nach selbstständig denkenden Computern anhört, ist das nicht der Fall. Die Basis für ein semantisches System sind viele gesammelte User-Informationen, und ein System, welches neue Informationen sammeln und klug speichern kann. Anhand von wiederholten Verhaltensmustern von Internet-UserInnen kann so ein System versuchen, Muster zu erkennen.

Wenn viele UserInnen, bevor sie eine Reise planen, zuerst auf *Facebook* mit ihren Freun-

Der gläserne Mensch 3.0. Hätte eine Firma vor nicht allzu langer Zeit vorgeschlagen, dass alle UserInnen ihre persönlichen Daten, Bilder und Verbindungen zu anderen Menschen in ihrer Datenbank speichern, wäre sie wohl schnell eingegangen.

Mittlerweile sind mehr als 674 Millionen Menschen auf *Facebook* registriert und leben diese Überwachungs-Dystopie jeden Tag aus freien Stücken. Es findet ein Wandel in der Gesellschaft statt. Persönliche Freiheit und Privatleben werden zugunsten von Komfort immer weiter aufgegeben. Gerade rechtzeitig für das *Web 3.0* ist mittlerweile ein großer Teil der Gesellschaft dazu bereit, freiwillig das eigene Leben öffentlich zu machen.

Web 3.0 wird die Art, wie wir konsumieren und Informationen beziehen komplett verändern. Und wenn wir aus *Web 2.0* eines gelernt haben: (Fast) alle werden mitmachen. ◀

Der Autor studiert Software & Information Engineering an der TU-Wien.

Die Angst vor der Einsamkeit

Vor hundert Jahren geboren, vor zwanzig Jahren gestorben. Und trotzdem lesen sich Teile seines Werks – unabhängig von der damaligen Reife des Autors – so, als seien sie gestern publiziert worden, oder so, als ob man sie erst morgen publiziert. Max Frisch, bestimmt einer der bedeutendsten Schriftsteller des deutschen Sprachraums, gibt uns 2011 Anlass zum Wiederlesen.

PHILIPP WIESER

Frisch wurde 1911 in einfache Zürcher Verhältnisse hineingeboren und hatte sehr bald existenzielle Entscheidungen zu treffen. Obwohl es ihm ermöglicht wurde, Germanistik zu studieren, musste er nach dem frühen Tod des Vaters mit seiner Arbeit als Journalist die Mutter unterstützen. Dies stellt eine jener Taten dar, die in seinen ersten Romanen das Hauptmotiv bil-

dern zwischen Kunst und Bürgertum auf: die Suche des Individuums nach sich selbst, die Suche des Protagonisten nach Max Frisch. 1936 beginnt er sein zweites Studium, diesmal Architektur, nachdem er Germanistik zwei Jahre zuvor abgebrochen hatte. Mit Kriegsbeginn tritt Frisch in die Schweizer Armee ein, schließt 1940 sein Studium ab, gewinnt 1943 eine öffentliche Ausschreibung, worauf er sein eigenes Architekturbüro gründet, heiratet und von den mütterlichen Räumlichkeiten auszieht.

figkeit, die vormals Bedeutung war, und doch gelangt Max Frisch beinahe nie zur Resignation, bewahrt damit seinen Freiheitsdrang. Zusätzlich bleibt die technische Präzision, mit welcher er intime Momente beschreibt, stets Beschreibung, sie wird nie Vorschreibung.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs ergibt sich Frisch seiner Neigung zur Schriftstellerei, lernt in den ersten Nachkriegsjahren Bertolt Brecht kennen, der ihn als Dramatiker bestärkt. Sein Werk politisiert sich zusehends. Ebenso in diese Zeit fällt die Publikation des ersten Tagebuchs 1946–1949, das gemeinsam mit dem zweiten Tagebuch 1966–1971 und dem erst kürzlich veröffentlichten Entwurf zu einem dritten eine Art intellektuellen Über- oder Unterbau bildet, eine Leseanleitung zu seinem Werk, eine Erklärung seiner jeweiligen Hauptmotive, ein Spiel mit ihnen.

Die Anerkennung lässt nicht lange auf sich warten. Ein *Rockefeller-Stipendium* bringt ihm ein Jahr Amerika, 1954 entsteht *Stiller* als weitere Aufarbeitung des Konflikts zwischen Künstlertum und Bürgertum, als hochkomplexes – konstruiertes – Schauspiel um die eigene, um die fremde Identität.

Auf das Beziehungs-labyrinth *Stiller* folgt das Opus magnum *Homo Faber*. Frisch erzählt unter merklich autobiographischem Einfluss die Überlegenheit des Zufalls (und nicht des Schicksals) über die Technik, über die menschliche Hybris des Ingenieurs Walter Faber. Die Aufzeichnung eines Scheiterns der Ratio an der Realität, des Sakralen – der Technik – am Profanen – am Unwahrscheinlichen – ist ein großes Stück Philosophie.

Zehn Jahre nach *Stiller* erscheint *Mein Name sei Gantenbein* und vollendet somit die Dreifaltigkeit der Frisch'schen Prosa. In diesem Versteckspiel entblößt der Autor seine Rolle in der problematischen Be-

ziehung mit I.B., um konstruierte Identitäten „wie Kleider“ anzuprobieren.

Das abrupte Ende einer Beziehung als Ringenspiel blinder Biographien wird der Schlussstein im zweiten Romanbogen.

Später dann in *Montauk*, aber auch in dem, was das dritte Tagebuch hätte sein sollen, vor allem aber im *Gantenbein* taucht die Frage auf, drängt sich auf: Wie ein solcher Mann über Frauen sprechen konnte. Frisch war angezogen von den Emanzipierten, von viel Jüngeren, schien liberal. Doch trotz seiner zahlreichen Affären wollte er seinen Partnerinnen niemals dieselbe Freizügigkeit zugestehen. Die Liebschaften bedeuteten keinen Ausdruck der Untreue per se, sondern vielmehr den von ihm oft beschriebenen Kontrast zwischen Bürgerlichkeit und künstlerischer Freiheit, seine „verzweifelte Hoffnung gegen das Endgültige“. Sie zeugten von einer Unsicherheit, welchem Leben anzugehören sei – einhergehend mit Angst vor der Einsamkeit und der Furcht, unverstanden zu bleiben.

Inge Feltrinelli, Frau des *Sprengstoff*-Verlegers Giangiacomo Feltrinelli, bezeichnete ihn als „Möchtegern-Latinlover“, was jedoch angesichts seiner stetigen Zweifel, Frauen falsch behandelt zu haben, nicht als treffende Sichtweise erscheint. Frisch bekennt sich in seinem letzten, sehr privaten Beziehungsroman *Montauk*, Frauen nie so ernst genommen zu haben, wie sie es wollten, sondern nur so, wie er es wollte.

1991 stirbt Max Frisch in Zürich, seine letzte Beziehung hatte er mit der Tochter einer Frau, die zur Zeit der Entstehung von *Homo Faber* seine Geliebte gewesen war. Im Gedenkjahr 2011 sind ihm zahlreiche Ausstellungen, Inszenierungen und Sonderausgaben gewidmet. ◀

Der Autor studiert Volkswirtschaft in Wien.



Illustration: Oberleitner

Max Frisch gibt uns Anlass zum Lesen.

den. Das selbstreflektierte Schreiben führt ihn vom Journalismus schließlich zur Schriftstellerei.

Frisch versucht sich als Autor, versucht sich gleichzeitig als Romanfigur. In der Rezeptionsgeschichte seiner Prosa fasst man die drei Erstlingswerke als einen Block auf. Sie zeichnen in (für Frisch selbst) unzureichender Manier sein junges Ha-

Seine frühe Biographie erklärt den Autor Max Frisch ganz natürlich. Die Vermutung zumindest liegt nahe, wonach die Kombination aus technischem Studium und selbst erlebter Unsicherheit die Figuren in seinem Werk als Konstruktionen, doch nie als eindeutige Konstruktionen entstehen ließ. Das Ringen mit sich selbst erklärt oft die Beiläu-

I hate it, I love it

„Was unsere amerikanischen Freunde erwarten: ein Wunder! – sie wollen gefürchtet werden und geliebt zugleich. Wenn uns das nicht gelingt, so empfinden sie es als Anti-Amerikanismus.“

Das Gedenkjahr zum hundertsten Geburtstag von Max Frisch fördert so manche Publikation zu Tage, so geschehen mit *Amerika!*, einer vom Insel Verlag aufgelegten, durchwegs lesenswerten Sammlung an Meinungen und Ansichten des Schweizlers zu den USA. Das Bändchen spannt einen Bogen von den 1950er- bis in die 1980er-Jahre, ein Panoptikum der USA in ihrem Urzustand, das man heute noch für gültig befindet. Die Lektüre der 160 Seiten zeigt zahlreiche auch aktuelle Aspekte des Landes, vorweggenommen mit bemerkenswertem Scharfsinn. Frisch skizziert Wesenszüge einer Supermacht, die sich niemandem auf der Welt unterlegen fühlt – und trotzdem mit „einem Parvenügefühl“ hadert, ständig seinem „Heimweh nach Historie“ zu erliegen droht.

Frisch bereist Amerika zum ersten Mal 1951 dank eines Stipendiums der *Rockefeller-Stiftung*. Er verbringt ein Jahr in der neuen Welt, sammelt Eindrücke und Erfahrungen, die in *Stiller* – skizziert während des ersten Aufenthalts – und im

Homo Faber ein wechselndes Bild einer pathologischen Hassliebe zu den Vereinigten Staaten erkennen lassen. New York erlebt er zwischen der Faszination einer „betörenden Stadt“ und dem Abscheu vor den Menschen, „die nur leben, weil es Penicillin gibt“.

Sein Zwiegefühl den Vereinigten Staaten gegenüber legt Frisch Zeit seines Lebens nicht ab. Seit der ersten Berührung mit dem Land kehrt es ständig in seinen Werken wieder – in Form von Essay, Tagebuch oder Roman. Betrachtet man etwa *Amerika!*, 1951, ein Auszug aus einem frühen Typoskript und erster Text des Bandes, erkennt man bereits die notizenhaften und doch exakten Gedanken zum Kontinent, zur Nation und deren Menschen, die in seinem gesamten Schaffen in dieser Art wiederkehren.

Die Amerikareisen werden zu einer Konstante in seinem Leben, von 1981 bis 1984 besitzt er sogar ein Loft in New York. Als Autor mit liberaler, mit linker Gesinnung quält sich Frisch natürlich mit der Weltpolizistenrolle der US-Politik, mit den „ungezwungenen, schulterklopfenden Schutzherrn der Menschheit“. Doch benötigt sein freier Geist das Land als die breit angelegte Antithese zu seiner engen, engstirnigen Schweiz.

Vor allem die dem Tagebuch 1966–1971 entnommen Passagen verdeutlichen den Zwiespalt Frischs, in den er sich selbst manövriert hat. Sie geben ein wunderbares Zeitzeugnis seiner Aufenthalte in den frühen siebziger Jahren. Man sieht die Entwicklung, die der Autor durchläuft – anfänglich ist er erstaunt, begeistert von diesem Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Mit der Zeit wird er heimisch, Vorzüge überraschen nicht mehr allzusehr, Nachteile werden offenbar, gegen Ende (in den Reagan-Jahren) macht sich dann auch Resignation breit.

In knapp 15 wahnsinnigen, dem Entwurf zu einem dritten Tagebuch entnommenen Zeilen gibt Frisch den Worten Power, Money (der Dollar als Zeichen „naiver Frömmigkeit“) und Liberty einen Sinn und meint dazu lakonisch: „Wie dieses Amerika mich ankotzt! LOVE IT OR LEAVE!“ ◀

Philipp Wieser

Max Frisch, *Amerika!*
Insel Verlag 2011, 163 S., 8 Euro.



ZWEIMAL HINGEHÖRT



David Bazan | *Strange Negotiations*

LUKAS: Seit nunmehr über einem Jahrzehnt rumpelt David Bazan schon durch die Musikgeschichte, ohne jemals mehr als ein Geheimtipp geworden zu sein. Vermutlich liegt es an seiner nie versteckten Religiosität, die den einen oder anderen abgeschreckt haben mag, oder daran, dass er gern die richtigen Fragen stellt. Nun handelt es sich hier aber um alles andere als Christen-Emo, wie so manches Mal behauptet wurde. Alles in allem ein wunderbar geradliniges und schnörkelloses Rock-Album ohne jegliche Macho-Attitüde, das zum Ende hin immer ruhiger wird. Eine Seltenheit, danke David.

NIKI: Dieses Album sollte genregerecht eigentlich nur aus Stimme und Gitarre bestehen. David Bazan, Kopf des ehemaligen Indie-Geheimtipps *Pedro the Lion*, ist aufgrund seiner oftmals prophetisch-religiösen Lyrics einer der kontroversesten Sänger – aufgrund seiner unverkennbar zerbrechlichen Raubeinigkeit und Ehrlichkeit jedoch einer der berührendsten und konstantesten Songwritergrößen aus Amerika. Doch ganz zum Trotz aller Songwriter-Manier rockt dieses Solo-Album ganz ordentlich. Lieder, die schon ohne jede Instrumentalisierung so viel (Herz-)Lärm machen, werden hier in manchmal zu gut gemeinte, meist packende Arrangements gekleidet. Sehr abwechslungsreich und spannend.



Bon Iver | *Bon Iver*



LUKAS: Dieses Album eignet sich meiner Meinung nach nur zum Genuss in liegender Position mit geschlossenen Augen, beschert es einem bei richtiger Handhabung doch die schönsten Kopfkinomomente seit Langem. Mittels MP3-Player in den Alltag eingebunden, wenn man sich nicht wirklich darauf einlassen kann, wirkt es allerdings schnell fad bis nervig. Gegen Schluss wird es sogar wirklich leicht langweilig und vor allem das letzte Lied ist etwas seltsam. Trotzdem dürften die Fans des ersten Albums nicht enttäuscht sein.

NIKI: Engelsgeläut der Neo-Folk-Jugend, traurige Freiheit einer vergangenen und zukünftigen Welt, Über-Nacht-Liegende – all diese Titel hat sich Justin Vernon von *Bon Iver* nach dem ersten Album, dem wunderschönen Überraschungserfolg redlich verdient. Die Erwartungen an das Nachfolgewerk wirken kaum erfüllbar. Was kriegen wir also? Keine Titelverteidigung, eine Titelerweiterung klingt schwebend aus den Boxen. Selten kam ein zweites Album so mutig und doch besonnen, repräsentativ daher. *Bon Iver* bauen ein sphärisches Klangspektrum auf, welches durch komplexe Arrangements verblüfft und doch eine schwerelose Leichtigkeit zurücklässt. Eines der bereits jetzt schönsten Alben dieses Jahres.



Immigration und Globalisierung

Wer Flüchtlingslager mit Auschwitz gleichsetzt, der stärkt die radikale Rechte.
Ein Kommentar von Sergio Benvenuto

Vor einigen Jahren geriet ich in Rom zufällig in eine von einer kommunistischen Partei zum Thema Einwanderung veranstaltete politische Diskussion. Dabei zeigte sich, welche Vorstellungen die „Genossen“ über die unter den italienischen Massen gedeihende Fremdenfeindlichkeit und ihren Rassismus hatten: Der Zustrom der Einwanderer sei an sich absolut positiv, und wenn die einfachen Leute sich darüber beklagten, dann nur aufgrund kultureller Vorurteile, einer irrationalen, krankhaften Angst vor dem „Anderen“, dem Anders-Sein usw. Kurzum, für jene Kommunisten ist Fremdenfeindlichkeit eine Art von kollektiver Psychopathologie, zu kurieren allenfalls durch eine Psychoanalyse der Massen.

Sinkende Löhne. Ich konnte mich nicht zurückhalten und griff in die Debatte ein: „Vorausschicken möchte ich, dass ich kein Marxist bin – wobei, nebenbei, auch Marx darauf hielt, kein Marxist zu sein. Wenn er euch hören könnte, würde er sich im Grab umdrehen. Marx kannte sich ja in politischer Ökonomie aus, ergo wusste er, dass bei Vollbeschäftigung die Löhne steigen und die Verhandlungsposition der Lohnempfänger stark ist; dass die Löhne aber sinken und die Verhandlungsposition der Lohnempfänger schwächer wird, wenn das System sich öffnet, das heißt die Reservearmee an Arbeitskräften sich vergrößert. Die Einwanderer begnügen sich heute mit Löhnen, die unter denen der Italiener liegen, folglich schwächen sie die Verhandlungsposition der Lohnempfänger. Außerdem bilden die Einwanderer – in dem Maße, in dem sie im Krisenfall als erste die Arbeit verlieren, und in dem Maße, in dem sie ins Land strömen – eine Reservearmee, deren systemischer Effekt es ist, die Löhne der Arbeitnehmer zu drücken. Tatsächlich sinken die Löhne in Italien seit zwanzig Jahren, während Profite in den Himmel wachsen. Wenn also ein italienischer Arbeiter fremdenfeindlich wird und *Lega Nord* wählt, dann deshalb, weil er besser als jeder Intellektuelle weiß, wie die Dinge stehen; die Einwanderung untergräbt seine soziale und wirtschaftliche Position. Falls aber die Einwanderung gestoppt würde, würden die italienischen Unternehmer die Produktion verstärkt in Länder mit billigeren Arbeitskräften auslagern. Für unsere Arbeitnehmer liefe das aufs gleiche hinaus, genauer, es wäre noch schlimmer. Nicht zufällig befürworten die Unternehmer die unregulierte Einwanderung, aber die Lohnempfänger meistens nicht. Deren Fremdenfeindlichkeit halte ich für eine Spielart des Luddismus, der Maschinenstürmerei der englischen Weber zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die Weber glaubten,

die Einführung neuer Maschinen nehme ihnen die Arbeit weg, und deshalb zerstörten sie die Maschinen. Doch damals wie heute kann das Rad der Geschichte nicht zurückgedreht werden. Fremdenfeindlichkeit hat ihre strukturellen ökonomischen Ursachen und ist nicht auf die psychologische Reaktion von Leuten zu reduzieren, die misstrauisch gegen Fremde sind. Und das sage ich euch als praktizierender Psychoanalytiker.“ Man blieb von meiner kleinen Rede nicht unbeeindruckt, weshalb sich der kommunistische Animateur zu sagen beeilte, Marx sei veraltet ... Leider sind die Gesetzmäßigkeiten der Ökonomie ganz und gar nicht veraltet. Viele „marxistische“ Intellektuelle aber schon. Linkssein ist gewiss nicht das mathematisch berechenbare Resultat exakter Interferenzen; es ist eine Ausrichtung des Herzens, die ethisch-schleischenschaftliche Entscheidung, „stets auf seiten der Schwächeren zu sein“. Das Ärgerliche dabei ist, dass in einem Konflikt oft schwer zu sagen ist, wer nun wirklich „der Schwächste“ ist. Gemeinhin heißt es, Linkssein sei gleichbedeutend mit dem Streben nach mehr Gleichheit. Aber Gleichheit ist ein quasi mathematisches Konzept, eine formale Schlußfolgerung: Man predigt mehr Gleichheit, weil man für die Schwächsten Partei ergreift. „Mehr Gleichheit“ ist eine Rationalisierung der Parteinahme für die Schwächsten. Aber wer heute bei der radikalen Linken ist, dessen Herz schlägt nicht mehr wie einst für die Industriearbeiter, armen Bauern und hungernden Massen der Dritten Welt, sondern für die Einwanderer. Denn die sind, selbst wenn sie nicht gänzlich arm sind, doch die Schicht in unserer Gesellschaft, die am schwächsten ist: ohne bürgerliche Rechte, ohne Wahlrecht, stets in Gefahr, verjagt zu werden. In vielen Ausstellungen, avantgardistischen Stücken, alternativen Filmen und erbaulichen Zusammenkünften ist der Einwanderer die coole Figur; ihr gilt die Gunst der „schönen Seelen“. Und die Lager, in denen die Fremden eine zeitlang in Haft sitzen, vergleicht man mit den Lagern der Nazis...

Schwarzweißmalerei. Jahrelang wurde in ganz Europa Giorgio Agamben zitiert, der an den Homo sacer erinnert, jene Figur aus römischer Zeit, den geheiligten oder auch zu verdammenden Menschen, ein Individuum, vogelfrei, ohne jeglichen rechtlichen Schutz, das jeder straffrei hätte töten können. Die „geheiligten Menschen“ von heute sind all jene, die gesellschaftlich nicht einbezogen sind. Menschen, die keine Bürger, sondern auf ihr „nacktes Leben“ reduzierte menschliche Wesen, nichts als lebende, rechtlose Körper sind. Eine bestimmte postmarxistische Linke ist von der Figur des Einwanderers fasziniert, in dem

Maße, in dem dieser den neben uns lebenden neuen Homo sacer verkörpert. Ihn umgibt im Unterschied zum traditionellen Proletariat die Gloriole eines sehr postmodernen, entwurzelten Grenzüberschreiters.

Doch diese philanthropisch-philosophische Sympathie – die ich ethisch verstehen kann – führt zu politischen Verblendungen. So habe ich kürzlich mit linksextremen intellektuellen Freunden aus Europa und den USA über Einwanderung diskutiert. Ich sage, was der gesunde Menschenverstand mir eingibt: „Es ist absurd, sich gegen die Einwanderung zu stellen, weil die Menschen aus den ärmeren Ländern stets dazu neigen werden, in die reichen Länder zu ziehen. Aber ich habe Verständnis dafür, dass fast alle westlichen Länder – auch die mit linken Regierungen – versuchen, die Einwanderung zu filtern, vor allem in Zeiten der Wirtschaftskrise.“ Empörung bei meinen Gesprächspartnern. Die Einwanderung soll reguliert werden? Niemals, denn das habe Lagerhaft zur Folge. Ich verweise darauf, dass in unseren Ländern eine explosive Situation entstünde, wenn man die unkontrollierte Einwanderung erlauben würde – massive Arbeitslosigkeit, ein schwindelerregender Anstieg von Kriminalität, Armut, Gewalt wären die Folge. Die von übermäßiger Einwanderung provozierte Unordnung würde die Massen in die Arme faschistischer und fremdenfeindlicher Parteien treiben (wie es leider bereits der Fall ist); so wie die tiefe Wirtschaftskrise die Deutschen 1933 in Hitlers Arme trieb. Worauf einer meiner Gesprächspartner eine Bemerkung macht, die Applaus erntet: „Um zu verhindern, dass faschistische Konzentrationslager errichtet werden, brauchen wir also Lager für die Einwanderer?“ Für meine Gesprächspartner existiert zwischen einem Flüchtlingslager an der Küste Siziliens, das *Boat people* auffängt, und Auschwitz kein Unterschied!

„Coole Partisanenethik“ Bestimmte Linksintellektuelle interessieren sich heutzutage in keiner Weise für die Stimmungen, Gedanken und Ängste ihrer Mitbürger: Sie leben in einer Welt der hehren Prinzipien einer Partisanenethik, in der politische Besonnenheit keinen Platz hat. Man stellt sich auf die Seite derjenigen Schwachen, die fashionable sind, Schluss, aus! Die Probleme, die die Einwanderung für die schwächsten Schichten unserer Gesellschaft mit sich bringt, haben keine Bedeutung; alles nur Vorurteile, die in den Bereich psychiatrischer Pädagogik fallen. Mit dem Resultat, dass ihre Mitbürger es mehr und mehr vorziehen, von Politikern der Rechten regiert zu werden. Gleichwohl müßte es diesen leftists auffallen, dass die Einwanderung von



Foto: www.aladdin.it

Benvenuto: umstritten unter Linken, umstritten unter Rechten.

den wohlhabenderen Klassen sehr wohl akzeptiert wird. Dank der Einwanderer stehen denjenigen, die die Mittel dazu haben, Hausmädchen, Arbeiter, Pflegekräfte, Krankenschwestern, Tagelöhner, Prostituierte, Priester usw. zur Verfügung, die sonst gar nicht oder viel teurer zu haben wären. Ergo können viele Europäer, die gleichfalls als Hausmädchen, Arbeiter, Krankenschwestern arbeiten könnten, dies nicht tun und fordern deshalb einen Einwanderungsstopp. Ein Teil unserer Intelligenzija ist für „die Schwächsten“, ignoriert aber die anderen Schwachen und überlässt sie den Sirenen des Rassismus und des Populismus als Beute. Manche linksradikale Analysen sind, selbst wenn sie von berühmten Philosophen stammen, lediglich Schwarzweißmalerei: auf der einen Seite die Guten („die Schwächsten“), auf der anderen die Bösen („Empire“). Die Politik reduziert sich damit auf

eine Art von Fußballfangeschrei. In vielen Konflikten wird die einzige ethisch ausgewogene Position die „Äquidistanz“ sein. Aber die verbreitete politische Hybris gestattet keine Äquidistanz – nicht einmal bei den Einwanderern auf der einen und den sozial schwachen Alteingesessenen auf der anderen Seite. Die Einwanderung ist nur ein Teil des ungeheuren Dramas eines Europas innerhalb der globalisierten Welt: Aus systemischen Gründen haben die europäischen Löhne seit geraumer Zeit die Tendenz, immer weiter zu sinken, in Richtung der viel niedrigeren chinesischen und indischen Löhne. Gewiss, die chinesischen und indischen Löhne steigen, zum Glück für Inder, Chinesen und für uns. Aber die europäischen Löhne sinken. Ein Teil des Reichtums, dessen Europa sich erfreute, wird auf das Niveau der BRIC-Staaten (Brasilien, Rußland, Indien, China) und anderer bis vor kurzem noch

armer Länder abrutschen. Niemand wird diese Verschiebung verhindern können. Und wer möchte schon vielen hundert Millionen Menschen die Möglichkeit verwehren, ebenfalls von jenem Wohlstand zu profitieren, den der Westen so lange Zeit genossen hat? Es werden die schwächsten Klassen sein, die den härtesten Preis für die globale Schwächung Europas bezahlen. Was hat die Linke diesen europäischen Massen, die sozial und wirtschaftlich Schläge einstecken müssen, an Originellem und Überzeugendem zu sagen? Das ist das eigentliche Problem unseres Jahrhunderts. Ich bezweifle, dass ein Teil der Linken sich dessen bewusst ist. ◀

Aus dem Italienischen von Michaela Wunderle.

Dieser Kommentar ist ursprünglich in der Kulturzeitung Lettre International Nummer 92 erschienen (www.lettre.de).



MITTEN IM LEBEN

Trendy für euch:

- * Unsere Classic Mensa-Menüschiene
- * Choice - unser Mensa-Markt
- * M-Cafés - Treffpunkt für den ganzen Tag
- * Mensa c.d. - Catering Departement



**Mehr Infos unter:
www.mensen.at**



MITTEN IM LEBEN

www.esl-sprachreisen.at

ESL zur besten Agentur Europas gewählt!

Reisen Sie 2011 zu den Preisen von 2010 !



ESL - Wien t 01 522 7000
Zieglergasse 3 1070 Wien



Die Presse.com

Die Presse.com

Die Presse.com

WANTED

FESTIVAL REPORTER

NOVAROCK ✂ URBAN ART FORMS
LOVELY DAYS ✂ SUNSPASH ✂ BEATPATROL
FORESTGLADE ✂ FREQUENCY
TWO DAYS A WEEK ✂ PICTURE ON ✂ UVM.



JETZT BEWERBEN: DIEPRESSE.COM/FESTIVAL

**PLUS:
JETZT TICKETS
GEWINNEN!**

DiePresse.com/festival

Alle Infos zu Bewerbung und Gewinnspielen sowie News, Festivaltermine und Fotorückblicke unter DiePresse.com/festival.

Die Presse.com

